

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Freitag, den 6. März 1896.

3. Jahrgang.

Dies eine Beilage.

Englands Flottenplan.

Die britische Flottenpolitik hat am 2. März das englische Parlament beschäftigt. Der Lord der Admiralität, Goschen, hatte bereits in einer vielbesprochenen Bankettrede die Vermehrung der Marine angekündigt; er hatte erklärt, England, vielumworben von andern Mächten, müsse sich die Freiheit des Handels wahren. Montag nun war das Unterhaus überfüllt. Goschen sprach. Er erklärte, seine Voranschläge seien mäßig, sie würden dem Hause nicht mit irgend einem Gefühl von Unruhe unterbreitet. Er erinnere daran, daß jede Vermehrung der Flotte nicht allein eine Vermehrung der Schiffe bedeute, sondern folgerichtig auch eine Vermehrung der Marinewerftstätten, des Personals und der Marinebildungsanstalten sowie größere Anlagen an Land und auf See. Das Flottenpersonal soll um 4900 Mann vermehrt werden. Die Gehälter der verantwortlichen Offiziere würden erhöht, das Eintrittsalter für Kadetten solle um ein Jahr heraufgesetzt werden. Das Kadettenschiff „Britannia“ solle abgeschafft und dafür eine Schule am Lande errichtet werden. „Wir sind in der Lage gewesen, die Zahl unserer im Dienst befindlichen Schiffe beträchtlich zu vermehren, wir haben unsere verschiedenen Geschwader im Kanal, im Mittelmeer, in China verstärkt, und wir haben unsere abgenutzten Schiffe durch seetüchtige Schiffe ersetzt. Auch durch die Errichtung des fliegenden Geschwaders ist die Zahl unserer im Dienst befindlichen Schiffe reichlich erhöht worden. Die Errichtung des fliegenden Geschwaders hat auch nicht in einem einzigen Seemagazin irgend welche Verwirrung hervorgerufen. In den letzten zwei Jahren sind wir, was Kanonen und Munition anbelangt, etwas zurückgeblieben, da die letzte Regierung nicht dachte, daß der Schiffsbau so schnelle Fortschritte machen würde, wie es in der That der Fall gewesen ist. Ein Betrag von 200000 Pfund (4 Millionen Mk.) ist für das laufende Finanzjahr besonders eingestellt worden bei den Ausgaben für Kanonen und Munition, für die ein Nachtragskredit nötig ist, und im nächsten Finanzjahre wird es notwendig sein, für Kanonen und Munition eine weitere Erhöhung des Etats von 850000 Pfund (gleich siebenzehn Millionen Mk.) zu verlangen.“ (Rufe: Oh! Oh! und lauter Beifall.) Diese Bewilligungen würden also von 1 692 000 Pfund (33 840 000 Mk.) auf 3 543 000 Pfund (50 860 000 Mk.) steigen; das wäre eine sehr bedeutende Erhöhung, wenn aber neue Schiffe bewilligt würden, könnte die Munition für dieselben nicht verweigert werden. Auch größere Dockanlagen wären notwendig; drei Docks würden in Gibraltar gebaut werden. Die Kosten der neuen Anlagen wären auf 2 1/4 Millionen Pfund (45 Mill. Mk.) veranschlagt außer den bereits vorgesehenen 365000 Pfund (7 300 000 Mk.) (Rufe: Oh! und Beifall.) Die Ausgaben für die in Aussicht genommenen Anlagen würden die Anforderungen für Marineanlagen von 8 1/2 Mill. Pfund (170 Mill. Mk.), dem Betrage für das vorige Jahr, auf 14 Mill. Pfund (280 Mill. Mk.) erhöhen. Der Schatzkanzler Hicks Beach würde den erwarteten Ueberschuß des laufenden Jahres, nach Abzug der Nachtragskredite, zurücklegen, um die Kosten der Marineanlagen zu bestreiten. Goschen sprach dann über die Schiffsbauten und bemerkte, von 1889 bis 1896 sei die Flotte um 105 Schiffe und 62 Torpedoboots-Verstärker vermehrt worden. Das wäre eine außerordentlich große Zahl, er müsse aber von dem Hause die Bewilligung noch weiterer Vermehrungen erlangen. Zwei Wege gebe es für die Vermehrung der Flotte: Die Beschleunigung des Schiffsbauens und den Bau neuer Schiffe. Im vergangenen Jahre habe sich die Admiralität bemüht, die Ausführung des Programms ihrer Vorgänger zu beschleunigen durch eine Vermehrung der bei dem Bau beschäftigten Leute. Auch die Anordnungen für die Ausrüstung seien beschleunigt und es sei dafür beträchtlich mehr aufgewendet worden, als im letzten Jahre beabsichtigt war. Der Nachtragskredit würde sich auf 1100000 Pfund (22 Mill. Mk.) belaufen, die Zahl der in den Seemagazinen beschäftigten Leute sei jetzt auf 23000 erhöht worden.

Unsere Flottenkollerpatrioten werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, unter der Führung von Peters und Genossen auf das Beispiel der See-

weltmacht hinzuweisen, um uns in die uferlosen Abenteuer der „Weltpolitik“ hineinzutreiben. Volk, sei auf der Hut!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sächsischen Wahlrechtsmühsüßler spüten sich. Im Landtag wird heute, Donnerstag den 5. März, die Schlussberatung über die Wahlgesetzvorlage stattfinden. Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder. Die Wahlrechtspolitik wird Gesetz. Einen Tag nach dem sächsischen Bußtag, dem Tage, an dem die frommen Christen des Landtags sich sammeln und in sich gehen, werden 95 Prozent aller Wähler rechtslos gemacht.

Die Nothwendigkeit eines Reichsvereins und Versammlungsrechtes erörtern die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Sie wünschen eine Regelung des Vereinsrechtes durch das Reich nur unter der Vorbedingung, daß die Sozialdemokratie aus dem Verband der bürgerlichen Gesellschaft ausgegliedert würde; mit anderen Worten: daß alle Sozialdemokraten für vogelfrei erklärt würden. Es verlohnt sich nicht, über diese Ansicht, die übrigens nicht neu, sondern nur eine Aufwärmung Stummischer Gedanken ist, ein Wort zu verlieren.

In der Budgetkommission des Reichstages stand Dienstag der Marineetat zur Beratung.

Der Referent Dr. Lieber kritisierte in scharfer Weise die Marinachrichten gewisser Zeitungen und vornehmlich die jüngste Meldung der „Weser-Zeitung“. (Es handelt sich dabei um die von uns dieser Tage gekennzeichnete Meldung, daß ein gewisser Eugenberg dem Professor Haffe in Leipzig mitgeteilt haben soll, er werde zur Kanzlerkrisis, zur Auflösung des Reichstages u. kommen, wenn die neuen Marinepläne nicht durchdrängen. Prof. Haffe hat inzwischen erklärt, solche Aeußerungen von Eugenberg nicht gehört zu haben, und der Regierungskassierer (nicht Rath) Eugenberg erklärt in der „Weser-Ztg.“, er sei mißverstanden worden. Red.) Die Budgetkommission werde wie bisher ruhig und sachlich die Bedürfnisfrage prüfen und sich durch solche Pressenachrichten nicht irritieren lassen.

Staatssekretär Hollmann schließt sich durchaus den vom Staatssekretär v. Marschall neulich in der Kommission abgegebenen Erklärungen an. Es handle sich nicht um die einseitige Wahrnehmung von Marineinteressen. Es sei in hohem Grade bedauerlich, daß in der Presse solche Fragen sensationell behandelt würden. Es sei geradezu schamlos, bei solchen Artikeln auf einen höheren Offizier als deren Urheber hinzuweisen. Er lehne jede Verantwortlichkeit für diese Pressenauslassungen ab und stehe ihnen völlig fern. Auch Herrn Dr. Peters stehe er völlig fern.

Staatssekretär v. Marschall theilt mit, daß der Regierungskassierer Dr. Eugenberg wegen des Artikels in der „Weser-Zeitung“ zur Verantwortung gezogen sei, und falls sich die Mittheilung dieses Blattes als richtig erweisen sollte, würde Remedur eintreten.

Abg. Richter: Mit dem in der Presse erwähnten höheren Offizier sei nicht der Staatssekretär des Reichsmarineamts gemeint gewesen. Die Quelle der Beunruhigung sei auch nicht in der Presse zu suchen, sondern in der Rede vom 18. Januar. Da der Referent den Abg. Dr. Haffe angegriffen hat, erhält dieser, der als Zuhörer anwesend, mit Zustimmung der Kommission das Wort, um zu seiner Vertheidigung die dem „Leipziger Tagebl.“ zugefandte Berichtigung zu verlesen.

Abg. Prinz Arnerberg hält es für unpassend, daß die Rede des Kaisers vom 18. Januar agitatorisch ausgebeutet sei. Die Kolonialgesellschaft wolle nur eine verständige Agitation in vernünftigen Grenzen.

Graf Arnim ist der Ansicht, daß die Verhandlungen der Kommission mit der Kolonialgesellschaft nichts zu thun haben.

Abg. Bebel meint, die Rede des Kaisers sei der Ausgangspunkt für die Agitation gewesen. Dr. Peters und Genossen wollten Wünsche, die an Allerhöchster Stelle gehegt würden, verwirklichen helfen. Hinter der Agitation stehe wahrscheinlich Herr von Senden-Vibran, der Chef des Marinekabinetts. Die Sozialdemokraten fähren die Sache mit Behagen aus der Vogelperspektive an.

Admiral Hollmann glaubt nicht, daß Herr von Senden mit jener Pressbewegung etwas zu thun habe.

Sicherlich habe er sich auch nicht in solchem Sinne geäußert.

Abg. Haffe: Er kenne Herrn v. Senden gar nicht, die ganze bezügliche Mittheilung sei aus der Luft gegriffen.

Graf Arnim: Dem „Alldeutschen Verbands“ liegt jede Intrigue gegen den Reichskanzler fern. Die Presse hat die Kaiserrede vom 18. Januar aufgebauscht. Dr. Peters weiß vielleicht nicht immer die richtige Grenze innezuhalten.

Prinz Arnerberg: Er sei der Agitation in der Kolonialgesellschaft von Anfang an entgegengetreten, weil sie sich nicht im Rahmen der statutenmäßigen Ziele der Gesellschaft gehalten habe. Er habe von Beginn an auf die Gefahren hingewiesen, die in einer Hereinziehung der Allerhöchsten Person in die Agitation liegen, ganz besonders auch darin, es jedem Agitator zu überlassen, aus der ganz allgemeinen Form der Kaiserrede vom 18. Jan. nach subjektivem Ermessen Wünsche des Kaisers zu deduzieren und zu konstruieren. Er habe sich gefreut, daß die Gesellschaft in den letzten Tagen in verständigere Bahnen eingelenkt sei, und hoffe, sie werde auch ferner das im Lande vorhandene Interesse für Kolonialpolitik nicht schädigen. Auf eine Vorhaltung Graf Arnims bestreitet Prinz Arnerberg jede Animosität gegen die Kolonialgesellschaft.

Der Referent Dr. Lieber giebt sodann eine Darlegung der bisher vom Reichstag für die Marine gemachten Bewilligungen.

Die ersten sechs Titel der ordentlichen Etats der einmaligen Ausgaben — durchweg zweite Raten — werden bewilligt.

In der Justizkommission des Reichstages wurde Dienstag die 2. Lesung der Novelle zur Strafprozessordnung fortgesetzt. Zur Verhandlung stand der wichtige § 244, welcher von der Beweisaufnahme handelt. Zu einer Beschlussfassung kam es noch nicht.

In der nationalliberalen Partei herrscht zur Zeit, wie eine offenbar aus dem Kreise der Wissenschaften stammende Zeitschrift an die „Tägl. Rundschau“ darlegt, eine Verstimmlung, die sich nur schwer verbergen läßt. „Es hat ja schon seit reichlich einem Jahrzehnt nicht mehr so recht klappen wollen, aber jetzt ist es so weit gekommen, daß die parlamentarischen Fraktionen der Partei in Neben dingen einig sind und in großen Fragen auseinandergehen. In der Landtagsfraktion hält der Pitt noch einigermaßen, aber die mosaikartige Zusammensetzung der Reichstagsfraktion droht jeden Augenblick auseinanderzupurzeln.“ Diese Mißlichkeiten habe das Umsturzgesetz eingeleitet, „das im Prinzip unter den Nationalliberalen eine ganz stattliche Schar von Anhängern hatte“, die späteren parlamentarischen Ereignisse bis zum Terminhandel hätten sie verschärft. Der Einsender erkennt an, daß die Reden der Nationalliberalen im Lande nur noch Vertheidigungsreden sind, um die eigenen Sünden zu verdecken, und kommt zu der folgenden richtigen Schlussbetrachtung: „Selbstverständlich sucht man die Risse in der Fraktion zu verkleinern und es ist möglich, daß sich dieses ungesunde Leben noch bis zu den Neuwahlen hinschleppen kann. Wenn dann den Nationalliberalen nicht wieder das Glück, wie seit 1887 eigentlich jedesmal, eine „große Frage“ in den Schooß wirft, mit der sie die inneren Gegensätze verdecken und die Wähler noch einmal kirren können, so ist es unweigerlich aus mit der alten Burfchenherrlichkeit und nach rechts und links wird der Abfall erfolgen.“ — Es wäre nur zu begrüßen, wenn die nationalliberalen, diese ekelhafteste aller politischen Parteien endlich aus dem Parteilieben verschwinden würde.

In der Reichstagskommission für das Margarinegesetz wurde Dienstag die zweite Lesung der Vorlage beendet. In § 12 wurde nach dem Antrage Rothbarth (ntb.) bestimmt: Mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten wird bestraft, wer als Beauftragter der Polizeibehörde unbefugt Betriebsgeheimnisse offenbart oder geheim gehaltene Betriebseinrichtungen und Betriebsweisen, so lange sie Betriebsgeheimnisse sind. Die Verfolgung tritt auf Antrag des Betriebsunternehmers ein.“ Angenommen wurde auch nach dem Antrage v. Grand-Ry die gleiche Strafandrohung für die Unterlassung der vorgeschriebenen Beimischung von Phenolphthalein. Angenommen wurde sodann der Antrag Fusangel (Zentrum), wonach die Strafurtheile veröffentlicht werden müssen. Schließlich wurden noch

zwei Resolutionen angenommen, welche die amtliche Untersuchung von Oelen und Fetten in gesundheitspolizeilicher Beziehung, und ferner die Errichtung von technischen Untersuchungsämtern verlangen. — Dem Plenum soll ein schriftlicher Bericht durch den Abg. Nettiich erstattet werden.

Zu der Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurden Dienstag vom Einführungsgezet die Art. 80—86 beraten. Art. 80 lautet: „Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Beaufsichtigung juristischer Personen.“ Dieser Artikel wurde — gegen 7 Stimmen — gestrichen. Die Art. 85—95 wurden unverändert angenommen. (Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Verfassung von Vereinen, deren Rechtsfähigkeit auf staatlicher Verleihung beruht; die landesgesetzlichen Vorschriften über Waisenanstalten; über das Erlöschen von Stiftungen; über den Erwerb der Rechtsfähigkeit durch geistliche Gesellschaften.)

Der Kanzlerführer Hugenberg nimmt jetzt in der „Weserztg.“ selbst das Wort zu der Erklärung, daß die durch die Presse gegebenen Mittheilungen über Äußerungen von ihm auf einer „mißverständlichen Auffassung“ beruhen. Diese Privatäußerungen hätten sich lediglich auf längst bekannte, in der Presse erörterte Gerüchte bezogen. Insbesondere seien die dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Prof. Hasse, zugeschriebenen Mittheilungen über Äußerungen eines der höchsten Offiziere der Marineverwaltung von diesem nicht gemacht und auch ihm von Hrn. Hugenberg nicht unterschoben worden. Die „Weserztg.“ fügt hinzu, daß beleidigende Zusätze zu dem Schreiben, zu deren Aufnahme sie durch das Pressegesetz nicht verpflichtet sei, bewiesen, wie zornig Hugenberg über die Aufdeckung seiner Agitation ist. Seine Angaben ließen die Mittheilung, daß er Mitglied für den Alldeutschen Verband werde, der in wenigen Monaten eine Flottenagitation entfalten wolle und der den Sturz des Kanzlers Hohenlohe wegen der Flottenfrage voraussehe, unangefochten.

Eine amtliche Liste der Schiffe der deutschen Kriegs- und Handelsmarine mit ihren Unterscheidungsnummern für 1896 ist, wie der „Reichsanz.“ mittheilt, vom Reichsamt des Innern herausgegeben worden.

Belgien.

Ein neuer Sieg. Am 1. März hat in dem Wahlkreis Frameries eine Ersatzwahl zur zweiten Kammer stattgefunden. Es wurde der sozialistische Kandidat Dufrane mit 1953 gegen 847 clericale Stimmen gewählt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 4. März.

Aus dem Reichstage. Der dritte Tag der Beratung der Zuckersteuervorlage förderte wesentlich neue Gesichtspunkte nicht zu Tage. Die Redner ergingen sich zum großen Theil in Wiederholungen der Gründe und Gegenstände, die an den beiden Tagen vorher schon vorgetragen worden sind. Das Charakteristische der Diskussion bestand wieder darin, daß sich eine große Verschiedenheit in der Beurtheilung des Entwurfs herausstellte. Mit der Vorlage, wie sie ist, war — mit Ausnahme des nationalliberalen Herrn Baasche, des eigentlichen Vaters des Gesetzes — Niemand einverstanden. Auch die agrarischen und industriellen Anhänger des Entwurfs verworfen bald diese, bald jene Bestimmung und erhoffen alles von der einigenden Kraft der Kommissionsberatung. Dazu kommt der Widerstreit zwischen den Interessen der Agrarier östlich und westlich der Elbe. Die ostelbischen Junker betrachten im Verein mit den polnischen Großgrundbesitzern die Betriebssteuer als eine Schädigung des im Osten besonders entwickelten Großbetriebs in der Zuckerindustrie, verwerfen die Kontingentierung, da ihre Betriebe noch besonders ausdehnungsfähig sind, und wollen von einer Begünstigung der mittleren und kleinen Betriebe des Westens, die eine geringere Betriebssteuer zu zahlen hätten und an sich schon unter günstigeren natürlichen Bedingungen arbeiten, nichts wissen. Als Wortführer dieser Richtung trat heute Herr von Staudy in einer sehr umfangreichen Rede auf, während die prinzipielle Gegnerschaft gegen die Einmischung des Staates in die Produktion zu Gunsten einer engen Zuckereinfuhr in Herrn Barth zum Wort kam. — Die Rechte hatte die unfeine Absicht, dem Abg. Richter und unserem Genossen Schippel durch einen Schlußantrag das Wort abzuschneiden. Dem kam die Linke durch einen Vertagungsantrag zuvor. Nachdem die Majorität diesen Antrag abgelehnt hatte, mußte von der Minorität zum letzten geschäftsordnungsmäßigen Mittel, zur Verzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses, geschritten werden. Bis auf die Fraktionsführer verließen Sozialdemokraten, Freisinnigen und Volksparteiler den Saal. Das wirkte: es fehlten 34 Abgeordnete an der vorgeschriebenen Zahl und die Absicht der Rechten war vereitelt. Das Haus mußte sich vertagen.

51. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Graf von Posadowsky, von Hammerstein-Loxten, Miquel.
Präsident von Buel eröfnet die Sitzung um 1 Uhr.
Die Beratung der Novelle zum Zuckersteuergesetz wird fortgesetzt.

Woz von Olenhufen (Zentrumsopportunist) ist für die Vorlage. Die jetzige Preissteigerung des Zuckers werde sicher nur vorübergehend sein. Die Vorlage werde keine wesentliche Preissteigerung zur Folge haben. Der Konsum also nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Die Petitionen gegen das Gesetz hätten keinen

Werth. Die Vorlage liege auch im Interesse der in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter. Er sei Landwirth, aber nicht Mitglied des Bundes der Landwirthe, denn er hätte die Agitation des Bundes für gefährlich und nicht im Interesse der Landwirtschaft selbst liegend. Die Artikelwissenschaftlichen, die der Bund hier aufgeführt habe, bedauere er auf's Tiefste. Er habe auch nicht als Agrarier gesprochen, er bitte aber um Annahme der Vorlage. Eine Ablehnung werde die Agitation der Landwirthe nur noch stärken.

Dr. Baasche (N.): Ich will mich nicht so sehr mit der Person des Abg. Richter beschäftigen, als mit der Opposition im Allgemeinen. Herr Richter ist nicht zu überzeugen und giebt seinen negativen Standpunkt doch nicht auf. (Heiterkeit) Die Gegner thun so, als wenn erst ein Jahr die Zuckerindustrie darniederliege, die Jahre vorher aber die Zuckerfabriken nicht wüßten, was sie mit den hohen Dividenden anfangen sollten. (Abg. Mücke: Sehr richtig!) Aber, Herr Mücke, Sie, als Vertreter des Anhalters Landes, sollten doch wissen, daß der Rückgang in der Zuckerindustrie schon seit drei Jahren daht. Nach vertraulichen Berichten, die ich erhalten habe, sind gerade in Ihrem Wahlkreise starke Verluste zu verzeichnen. (Abg. Mücke: „Vorlegen!“) So klug sollten Sie doch selber sein. Herr Mücke, daß ich Ihnen das, was mir unter Distinktion mitgetheilt ist, hier nicht vorlegen kann. (Lachen links.) Der Zucker ist ein billiges Volksmittel geworden trotz der Prämien oder vielmehr in Folge der Prämien. (Lachen links.) Die Prämien sind nicht den Fabriken, sondern den Konsumenten zu Gute gekommen. (Lachen links.) Ja, diese Theorie paßt nicht hinein in Ihr ABC-Buch, Herr Eugen Richter, sie stimmt aber doch. Warum fürchtet man in Frankreich und Oesterreich sich vor unseren Prämien? Weil unter dem Druck der Prämien der Weltmarktpreis zurückgehen wird! Dieser Rückgang kommt also den Konsumenten zu Gute. (Richter ruft: „A b die 6. Art. Steuer?“) Die 6. Art. Steuer kommen auf der anderen Seite. (Große Heiterkeit links.) Halten Sie mich doch nicht für einen so schlechten Rechenmeister, daß ich diese Steuer nicht mit in Rechnung ziehen sollte. Die Zuckerindustrie wird von der Opposition nicht vollwerthig behandelt, weil sie von Landwirthen geschaffen ist. Herr Richter hat einen Gegenlay zwischen Norden und Süden schaffen wollen, der alte Grundlay divide et impera schien ihm auch geeignet. Wir haben aber gestern von Herrn Schädler gehört, daß seine Worte im Süden nicht verstanden werden. Die kubanischen Verhältnisse werden dauernd keinen Einfluß auf den Weltmarktpreis des Zuckers ausüben. So wie sich dort der Anstand nur einigermaßen beruhigt oder aus einer Gegend fortzieht, wird in Kuba wieder sehr viel Zucker produziert werden. Wir brauchen die Vorlage, denn wir müssen Vorkehrungen schaffen für künftige Krisen. Ob alle Einzelheiten anzunehmen sind, wird die Kommission entscheiden. Die Prämien werden wohl herabgesetzt werden müssen nach den Neben, die wir aus der Mitte des Hauses gehört haben. Wir werden uns darein, wenn auch nicht gerne, fügen. Wir hoffen, die Kommission wird ein brauchbares Gesetz zu Stande bringen. (Beifall rechts u. b. Nationalist.)

Dr. v. Komierowski (Pole) erklärt, seine Partei stände der Vorlage nicht sympathisch gegenüber. Vor Allem sei sie gegen die Kontingentierung und die Betriebssteuer, welche die Großbetriebe des Ostens besonders hart treffe, die durchaus nicht unter besonders günstigen Bedingungen arbeiteten. Der Kommissionsberatung wolle seine Fraktion nicht widersprechen, wenn sie auch nicht erwarte, daß etwas Gutes dabei herauskomme.

Werner-Danzig (N.) tritt für die Vorlage ein. Die Wichtigkeit der Erhaltung des Exports für die Zuckerindustrie sei bereits zu verschiedenen Malen nachgewiesen worden. Richters Verdichte um die Landwirtschaft seien ihm (Redner) völlig unbekannt. Seine politischen Freunde verlangten eine Kontingentierung von 17 Mill. Doppelzentnern, statt von 14 Millionen Doppelzentnern, wie der Entwurf vorschläge. Die Lage der Zuckerfabriken sei durchaus nicht so günstig, wie der Abg. Richter sie dargestellt habe. Redner hat nach der letzten Rede des Abg. Richter von mehreren Freunden den Auftrag erhalten, diesem Aktien von Zuckerfabriken für 10 bis 60 pCt. zur Verfügung zu stellen. — Die Kontingentierung sei durchaus notwendig, sie bewahre allein dem Gesetz den defensiven Charakter dem Auslande gegenüber. So könne man auf Grund der Vorlage hoffen, daß die Prämien im Laufe der Zeit herabgesetzt werden könnten. Hoffentlich werde man sich in der Kommission verständigen.

Preussischer Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein liefert einige Zahlen, um die Nothlage der Zuckerindustrie zu beweisen. An einer Fabrik seien binnen wenigen Jahren Mt. 1,200,000 verloren gegangen. Im Gegenlay zu Oesterreich-Ungarn, wo die Rübenindustrie kapitalistisch sei, sei sie in Deutschland eine landwirtschaftliche Industrie. Gerade dieser Charakter verbinde die Fiktionen zwischen Rübenbauern und Zuckerfabriken. Redner bittet die polnische Fraktion, die Vorlage objektiv zu prüfen und keine Interessentheilung zwischen dem Osten und Mitteldeutschland eintreten zu lassen.

Dr. Barth (Fg.): Der Herr Schatzsekretär nannte unsere Politik unfruchtbar. So fruchtbar wie die protektionistische Politik, die wir seit 15 Jahren in Deutschland haben, ist sie nicht. Aber was hat der Protektionismus hervorgerufen: allgemeine Klagen der Landwirtschaft und derjenigen Kreise der Industrie, die protektionistisch geschützt sind. In England, auf das im Laufe der Debatte so oft hingewiesen wurde, hat man solche Klagen nicht gehört. Jeder englische Premierminister, der um Staatshilfe angegangen wird, würde erwidern: Der Staat kann auch nicht helfen, wenn ihr euch nicht selbst helfen könnt. Auch die Schilberungen der Nothlage der englischen Landwirtschaft sind übertrieben. Aber mit solchen Uebertreibungen wird hier immer gearbeitet, wenn es sich um die Darstellung landwirtschaftlicher Zustände handelt. Gegen die Angaben der Agrarier kann man nicht mißtraulich genug sein. Was die Zuckersteuervorlage anlangt, so liegt in der Entwicklung der Zuckerpreise durchaus kein Grund zu einem so wichtigen Eingriff, wie ihn der Entwurf darstellt. Nur in einer einzigen Kampagne, der von 94/95, waren die Zuckerpreise so niedrig, daß von einem Nothstande der Zuckerindustrie gesprochen werden konnte. Wenn in der langen Reihe von Jahren nur ein Jahr mit niedrigen Preisen war, wie kann man diese, aus der Ueberproduktion erklärlche, aber doch nur vorübergehende Erscheinung zum Anlaß zu so tiefingreifenden Maßnahmen nehmen? Die Behauptung des Staatssekretärs, die Spekulation habe nur deshalb die Preise jetzt künstlich in die Höhe getrieben, um den Fall der Vorlage herbeizuführen, mußte Lachen erregen. Man zeige uns einen Spekulanten, der solche Absichten hat. Er würde dabei nur sein Geld verlieren, können doch nach dem Scheitern des Gesetzes ganz neue jetzt nicht übersehene Konjunkturen eintreten. Redner wendet sich zu einer Polemik gegen die Ausführungen des Abg. Baasche, den er als den eigentlichen Vater des Gesetzes bezeichnet. Abg. Baasche stellt es so dar, als hätten nicht die Produzenten, sondern die Konsumenten den Vortheil von der Erhöhung der Exportprämien. Ja, aber nicht die inländischen, sondern die ausländischen Konsumenten. (Sehr richtig links.) Viel schlimmer als die Erhöhung der Exportprämie ist die Kontingentierung, die zum sicheren Ruin der Weltmarktpreise führen muß. Wird hier durch Gesetz festgestellt, daß Deutschland nur mit einem bestimmten Quantum Zucker auf dem Weltmarkt erscheinen darf, so wird die ausländische Konkurrenz, besonders die französische, sofort ihre Produktion erweitern und sich in die auf dem Weltmarkt entstehende Lücke einbringen. Die psychologische Wirkung der Vorlage ist also der Impuls, die Produktion zu erweitern und damit die Preise zu erniedrigen. Im Inlande aber wird durch die Konsumabgabe Alles gethan, um den inländischen Zuckerverbrauch einzuschränken. In welche Lage geräth dann die deutsche Zuckerindustrie? Sie muß vor dem Danaergeßel dieser Vorlage ernstlich gewarnt werden. Ihr sicherer Ruin ist zu erwarten, und dieser Schaden der Vorlage ist noch größer, als die Belastung der Konsumenten. Der Reichstag hat wirklich die Pflicht, ernsthaft zu

prüfen, ob die Vorlage, die die Zuckerindustrie schützen will, nicht direkt dem Untergange entgegenführt. (Lebhafte Beifall links.)

Zimmermann (Nitt.) hat gegen die Vorlage schon Bedenken. Wir haben uns mit der Unterstützung des Autors Baasche nicht für diese Vorlage festgelegt. Ist denn auch Nutzen dieser Vorlage für die Landwirtschaft so über allen Zweifel erhaben? Das Rückgrat der Landwirtschaft ist meiner Ansicht nach nicht der Rübenbau, sondern immer noch der Körnerbau. Sankt an der Noth der Landwirtschaft sind die Handelsverträge bei denen nur die Sozialdemokratie Seide gesponnen hat. Kann nicht einsehen, daß die Kontingentierung das nothwendige Korrelat für die Prämienhöhung sein soll. Wieder noch eine Kontingentierung der Rübenfelder, wenn man der Landwirtschaft helfen will. Dem Abg. Bod erwidere ich, wir geben die Prämie bei den Arbeitern der Rübenkolonien zu, aber wo ist Weg, diese Uebelstände zu beseitigen? Herr Bod hat diesen nicht gezeigt. Ist es etwa der Zukunftsstaat? Bei der Betriebssteuer ist uns die Staffellung das Symptomischste. Eine Strafe die Intelligenz kann ich darin nicht erblicken. Ich verhehle nicht, daß einzelne Industrien, wie die Chokoladenindustrie, sehr geschädigt werden. Wir sind für Kommissionsberathung. So die Vorlage jetzt aussieht, ist sie für mich und einen Theil meiner Freunde unannehmbar.

von Staudy (N.) ist für Schutz der nationalen Arbeit aber mit einem Theil seiner politischen Freunde gegen die Vorlage. Er nimmt den Bund der Landwirthe gegen die Angelegenheit des Abg. Bod von Dognauer zu Schutz und erklärt Namens Gesamtheit der Fraktion, daß sie die Ansicht des Landwirtschaftsministers, daß der Rübenbau das Rückgrat der Landwirtschaft sei, nicht theilt, sondern den Getreidebau für das Rückgrat hält. So wie die Vorlage jetzt ist, wird sie im ganzen Hause nicht die Stimme erhalten. Sie wird erheblich gewandelt werden müssen. Speziell meine Freunde fordern wesentliche Veränderungen. Ich bin gegen die Kontingentierung. Dem Grafen Bismarck möchte ich die Frage vorlegen, ob ihm nicht der Gedanke gekommen daß wenn wir die Produktion einschränken, damit den anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Produktion wesentlich zu erhöhen? Die Preissteigerung hat ihren Hauptgrund in der Rückerte an Rüben im Vorjahre. Sie beträgt auf der ganzen Ost- und Westküste 26 Millionen Zentner. Ein Sinken der Preise ist nicht zu fürchten. Die kubanischen Verhältnisse will ich gar nicht berühren, wir können sie nicht übersehen. Aber es ist klar, daß die kubanische Produktion zurückgehen muß. Es fällt mir nicht ein, Krisen für fernere Zukunft für unmöglich zu halten und ich würde den Kampf mit Prämien gegen das Ausland auch aufnehmen, aber ich la diesen Kampf nicht um den Preis der Kontingentierung aufnehmen. Graf Bismarck sagte, er will das Gesetz nur für kurze Zeit haben. Das will ich aber gerade am wenigsten. Die Zuckerindustrie muß endlich wissen, woran sie ist und braucht Ruhe. Da die mittleren und kleinen Fabriken durch die Vorlage begünstigt werden so werden die großen Fabriken des Ostens gegen den Westen in nachtheiliger Lage sein. Eine Betriebssteuer können die Fabriken des Ostens nicht tragen. Die Folge des Gesetzes wäre ein Rückgang des Rübenbaues im Osten, sowie die Folge der neuen Brauntweinsteuer ein Rückgang des Kartoffelbaues im Osten war. Im Osten wird die Zuckerfabrikation keineswegs kapitalistisch betrieben. Wir haben unsere großen Fabriken denn geschaffen? Unsere Arbeiter haben uns zusammengethan. Großgrundbesitzer, Gutbesitzer, Arbeiter und Bauern, und das Aktienkapital zusammengebracht, und zwar nur durch Ausgabe von Aktien. Die Aktionäre liefern selbst ihre Rüben in die Fabrik. Das ist doch ein landwirtschaftlicher und kein industrieller Betrieb. Unter der Kontingentierung würden unsere Fabriken im Osten 24 pCt. weniger Rüben verbrauchen. Die ungünstige Wirkung auf den Rübenbau liegt klar auf der Hand. Mein Gewiß gefastet mir daher nicht, diesen Maßnahmen zuzustimmen. Ich bin aber den Entwurf auch ein Wischen sehr kritisch. Er würde sicherer Maßnahmen für die Reichsstaße ergeben. Und doch sag der Schatzsekretär, solche seien nicht beabsichtigt. Mit der Verzweiflung der Vorlage an eine Kommission kann ich mich einverstanden erklären.

Ein Vertagungsantrag des Abgeordneten Richter wird abgelehnt.

Preussischer Landwirtschaftsminister Freih. v. Hammerstein hat gestern den Rübenbau als den Rückgrat der Landwirtschaft bezeichnet, aber nicht allgemein gesprochen, sondern es in der Sinne gemeint, daß der Rübenbau den Antriebe zu technischen Fortschritten in der gesamten Landwirtschaft giebt.
Richter (Freis. Volksp.) beantragt nunmehr wiederum die Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der der Geschäftsordnung gemäß darauf vorgenommene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 145 Mitgliedern; das Haus somit nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 5. März, Mittags 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

5. März.

Ein sehr vernünftiger Antrag ist im Leipziger Stadtverordneten-Kollegium eingebracht und dem Verfassungsausschuß überwiesen worden. Der Antrag lautet:

1. Kein Mitglied des Rathes und des Stadtverordneten-Kollegiums darf einer mit der Stadt in Vertrags- oder Konzessionsverhältnissen stehenden Erwerbsgesellschaft als Aufsicht- oder Verwaltungsmittglied angehören.

2. Mitglieder des Rathes und des Stadtverordneten-Kollegiums, welche an Gesellschaften der gedachten Art als Aktionäre betheilig sind, haben sich in Angelegenheiten, welche das geschäftliche Interesse dieser Gesellschaften betreffen, die Theilnahme an der Beschlußfassung und, wenn nicht im gegebenen Falle ausdrücklich das Gegentheil beschlossen wird, auch an der Beratung zu enthalten. (H.-St.-D. § 70.)

3. Kein Mitglied des Rathes und des Stadtverordneten-Kollegiums darf ohne ausdrückliche Genehmigung beider Kollegien als Gewerbetreibender Lieferungen und Arbeiten für die Stadt übernehmen oder bei Submissionen auf solche den Zuschlag erhalten. Die Verhandlung des Stadtverordneten-Kollegiums haben in einem solchen Falle öffentliche Sitzung stattzufinden.

Man sollte meinen, ein solcher Antrag wäre überflüssig, weil das eigene Taktgefühl der Betheiligten es ihnen verbieten müßte, widersprechende kommunale und private Interessen zugleich vertreten zu wollen. Die Lübeck würde sich ein derartiger Antrag empfehlen. Was ist das für eine Sache, wenn in der Bürgerchule und im Bürgerausschuß der Direktor der Lübeck-Büchener Bahn beratende und beschließende Stimme hat? Was soll man dazu sagen, wenn so und so viele Gewerbetreibende in der Bürgerchule sitzen, die sich Lieferungen und Arbeiten für die Stadt und den Staat betheiligen. Schon ihr Anstandsgefühl sollte sie abhalten, sich in die Bürgerchule wählen zu lassen. G.

kommt das allgemeine und dann das persönliche Interesse!

Zur Deckung des Fehlbetrages beim Staatsbudget (431,751,49 Mt.) macht die Kommission, welche zur Vorprüfung des Budgets eingesetzt war, folgende Vorschläge: Der Bürgerausschuß wolle empfehlen, daß angewiesen werden:

1. auf die Staatsanleihe von 1895 die als Zuschuß zu ihrer Verzinsung mit Rücksicht auf die Vauverwendung für den Elbe-Trauer-Kanal bisher erforderlich gewesene und im Rechnungsjahre noch erforderlich werdende Summe von insgesamt 190,846,37 Mt.,
2. ein Zuschlag von 12 1/2 pCt. zur Einkommensteuer von allen nach dem Gesetze vom 27. Mai 1889 steuerpflichtigen Einkommen über 2000 Mt., geschätzt zu 80,000 Mt.,
3. auf die Reservekasse ein Betrag bis zu 160,905,12 Mt. zusammen 431,751,49 Mt.

Der Handelskammer-Syndikus Dr. Sievert aus Halberstadt, der als Hilfsbereiter Mensch die Stellung des Senates zur Zuckersteuervorlage unlängst im Amtsblatte verteidigte, wird im kaufmännischen Verein „Concordia“ einen Vortrag über folgendes Thema halten: „Die Lübecker Kaufleute-Kompagnie im Mittelalter und der Folgezeit.“ Wie schade! Wir g'aulben schon — als wir hörten, Sievert soll hier einen öffentlichen Vortrag halten — Sievert wolle die Stellung des Senates zur Zuckersteuer auch noch öffentlich mit dem ganzen Klitzzeug seines zuckerumnebelten Geistes verteidigen. Es hätte uns wahrhaft hüllisches Vergnügen bereitet, hören zu müssen, daß es für Lübeck unumgänglich notwendig war, der Zuckervorlage zuzustimmen; unbeschadet darum, daß das Pfund Zucker für den Konsumenten durch die Vorlage um 5 Pfg. verteuert werden soll!

Ein doppelter, und dabei sehr eifriger Agitator scheint ein hier in der Nähe von Lübeck wohnhafter Hauptmann a. D. zu sein. Der auch den Lübecker Arbeitern nicht unbekannt Hauptmann a. D. hatte nämlich von Arbeitern, die auf einem Bau der Hansfabrikerei beschäftigt waren, eine Gefälligkeit verlangt, und zwar ihm dieselbe auch erwiesen worden. Als Gegenleistung hatte sich einer der in Frage kommenden Arbeiter einige Cigarren ausgebenen. Am folgenden Tage erschien nun der Arbeiter des Hauptmannes a. D. auf der Baustelle und überbrachte dem Betreffenden in einem Kouvert einige Cigarren. Das Kouvert trug die gedruckte Aufschrift:

An den
Hund der Landwirthe.

Berlin SW.

Halleische Straße Nr. 18 1.

Die Worte „Hund der Landwirthe“ waren allerdings mit dem Blaustift durchstrichen. Daß der Abiender sich gerade eines solchen Kouverts bediente, mag nun reiner Zufall gewesen sein, wenigstens dürfte die Verwendung des Kouverts irgend welche Absicht wohl nicht bestimmend gewesen sein. Anders liegt aber wohl die Sache mit dem Inhalt des Kouverts; außer den Cigarren enthielt nämlich das Kouvert noch eine Anzahl Flugblätter, von denen uns drei eingehändig wurden und zwar die folgenden: Flugblatt Nr. 60: „Luthers Urtheil über die Juden“; Flugblatt Nr. 21: „Wie entstand das Volk Juda?“ und das Fliegende Blatt Nr. 55: „Christen-Pflichten zur Weihnachtszeit!“ Den Inhalt dieser Flugblätter dürften unsere Leser aus den Ueberschriften errathen; es ist nur alte Namschwaare. Der eifrige Agitator hat jedenfalls noch keine Ahnung davon, daß die Arbeiter, an welche er diese Flugblätter sandte, besser wissen, wer ihre Ausbeuter sind, als das in diesen Flugblättern gesagt wird.

Holz-Verkauf. Am Montag, den 16. März d. Js., Nachmittags 2 1/2 Uhr, werden beim Gastwirth Stapelfeldt in Cronsförde an den Meistbietenden verkauft werden, aus den Forstorten Pflanzungen, Lehmjöhst und Erummesser Haide: ca. 50 Nm. Buchen Kluft und Knüppel, 230 Nm. Eichen und div. Kluft und Knüppel, 300 Nm. Kiefern Kluft und Knüppel, 70 Hausen Buchen und div. Buchholz, 50 Cav. Ellern und Aspen Rughölzer (für Pantoffelmacher und Drechsler), 25 Cav. Eichen Rughölzer (Stellmacherholz zc.)

Aufgehoben wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des Drogisten C. H. J. Levens, alleinigen Inhabers der Firma Emil Levens zu Lübeck, nachdem die Schlussvertheilung erfolgt ist.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns C. H. Fr. Schrader in Firma Carl Schrader hieselbst, ist Beschlußfassung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners eine Gläubigerversammlung auf den 20. März anberaumt.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters und Bauunternehmers Ch. R. A. Fischer in Lübeck ist, nachdem sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden sei, gemäß § 190 der R.-O. eingestellt worden. Termin zur Ablegung der Schlussrechnung seitens des Verwalters ist auf den 13. März, Vormittags 11 Uhr, anberaumt.

Den Offenbarungseid haben im verflossenen Monate vor dem hiesigen Amtsgerichte geleistet: 1) Heidemann, Hugo, hier; 2) Borchers, Carl, Makler, jetzt Commis, hier; 3) Klüßendorf, Wilh. Casp. Friedr., Privatmann, hier; 4) Bredde, Wilh., hier, Cronsförder Allee, 5) Puls, Ehefrau, hier, lichte Quersstraße, 6) Steer, Heinrich Arnold, Handlungscommis, hier.

Dem Zwangsarbeitshause wurden im verflossenen Monate 4 Personen wegen Betheils überwiesen. Die Haftdauer beläuft sich bei zweien auf je 6 Monate, bei den beiden anderen auf 18 bezw. 15 Monate.

Zwangsversteigerungstermin. In dem vom Amtsgerichte am Mittwoch abgehaltenen Zwangsversteigerungstermin wurden aufgeboten: 1) Das der Ehefrau M.

Sahlmann gehörende Grundstück Fischstraße 38. Die Einzahlungsumme betrug 28000 Mt., das Höchstgebot des Pfandgläubigers H. W. R. Wegner 34000 Mt., wofür auch der Zuschlag erteilt wurde. Beschwert war das Grundstück mit 69000 Mt. 2) Das J. C. F. Carstens gehörende Grundstück Beckergr. 73, welches zu 12200 Mt. eingesetzt wurde. Den Zuschlag erhielt die Wittve H. C. Koss für ihr Gebot von 28000 Mt. Die Beschwörungsumme betrug 34000 Mt.

Der Bürgerausschuß hielt Mittwoch eine Sitzung ab. Zunächst beriet der Ausschuß einen Senatsantrag, welcher dahin ging, daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angewiesen werde, vom 1. April 1896 ab an die Stadtkasse für die zur Erbauung des Schlachthaus, der Viehmarkthalle und der Quarantäneanstalt für Schlachtvieh benutzten Plätze eine jährliche, in halbjährlichen Raten zahlbare Pacht von 16000 Mt. zu entrichten. Der Antrag wurde zu Vorprüfung an eine ständige Kommission verwiesen; dieselbe besteht aus den Herren: Just, Jenne, Petz, Dr. Frieß, Dr. Stoof. (Ersatzmänner Wilms und Tegtmeyer. Alsdann wurde beschlossen, dem Kaufmann F. W. Mangels, Obertrave 4, einen Streifen von etwa 2 1/2 qm Größe aus der öffentlichen Straße meinentlich zu überlassen, um die Differenz zwischen der alten und der neuen Baufluchtlinie der Obertrave auszugleichen. Die Verabreichung des von der Magistrat an den Ausschuß verwiesenen Antrages von Dr. Vermehren: „Die Bürgerausschuß wolle den Senat ersuchen, eine Revision der Bestimmungen in den §§ 2 und 7 des Einkommensteuer-Gesetzes in Erwägung zu ziehen“ sowie die Verabreichung der Vorlage betr. den Erlass eines dritten Nachtrages zur Verordnung über die Veräußerungsabgabe vom 27. Mai 1887 wurden auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben. Eingetreten wurde noch in die Verabreichung des Kommissionsberichtes über das vorläufig aufgestellte Budget für 1896/97 der Gemeindeanstalten, sowie das Staatsbudget desselben Rechnungsjahres. Die Kommission hat gegen die Schätzung der Einnahmen und der Ausgaben sämtlicher Positionen des Vorschlages für das Budget der Gemeindeanstalten Einwendungen nicht zu machen; sie empfiehlt, den Antrag des Senates zur Deckung des sich ergebenden Fehlbetrages von 23092,10 Mt. die Grund- und Gebäudesteuer in derselben Höhe wie im Vorjahre zu erheben und den dann zu erwartenden Ueberschuß, den die Behörde auf 16023,16 Mt. veranschlagt, dem Titel für „unvorhergesehene Ausgaben“ zu verweisen. Zur Deckung des Fehlbetrages des Staatsbudgets von 431 751,49 Mt. beantragt die Kommission einen Zuschlag 12 1/2 Prozent zur Einkommensteuer von allen nach dem Gesetze vom 27. Mai 1889 steuerpflichtigen Einkommen über 2000 Mark, geschätzt zu 80000 Mt., und einiges andere mehr.

Vom Tode überfallen wurde Mittwoch Nachmittag gegen 3 Uhr der ca. 75 Jahr alte Schiffszimmermann Wötter, als er mit der Straßenbahn in der Richtung Naedstraße—Mühlenthor fuhr. An der Polizeiwache wurde dann der so schnell aus dem Leben Geschiedene abgesetzt. In den Kreisen einiger Fuhrwerksbesitzer hat es lebhaften Unwillen erregt, daß der Straßenbahn-Wagen sofort nach dem Mühlenthor weiterfahren konnte, während sich Droschken- und Fuhrwerksbesitzer sonst in solchen Fällen erst eine gründliche Inaugenscheinnahme ihrer Fuhrwerke unter Umständen sogar Desinfektion gefallen lassen müssen.

Ein kleines Schadensfeuer war Mittwoch gegen Mittag in dem Hause Ludwigstr. 41 entstanden. Einige Wäschstücke, die zum Trocknen hinter dem Ofen gelegen hatten, waren in Brand gerathen. Beim Eintreffen der Feuerwehr, die sogar mit der Dampfspritze angerückt kam, war bereits jede Gefahr beseitigt.

Eine **Scharlachepidemie** soll, so wird uns mehrfach berichtet (für die Richtigkeit der Meldung können wir allerdings nicht einstehen), in der hiesigen Kaserne ausgebrochen sein. In den letzten Tagen sollen allein zehn Soldaten dem Garnison-Lazareth aus diesem Grunde überwiesen sein. Es wäre gut, wenn sich die Behörden äußerten, bevor noch übertriebene Gerüchte im Publikum folportirt werden.

Ein **Ueberfall** wurde Mittwoch Abend gegen 9 Uhr gegen den Lageristen Bend in der Nähe der Dampf-Backerei von Peterken ausgeführt, als sich B. nach seiner in der Lindstraße belegenen Wohnung begeben wollte. B. erhielt von hinten einen Schlag auf den Kopf, sodaß er betäubungslos hinstürzte; auch trug er noch sonst Verletzungen davon. Ein schnell herbeigerufener Arzt verband den Verletzten, der für längere Zeit seiner Beschäftigung nicht nachgehen kann. Von dem Thäter fehlt bis jetzt jede Spur; auch B. kann über denselben keine Auskunft geben. Nach allem zu schließen, scheint ein Racheakt vorzuliegen. Immerhin erscheint es uns sonderbar, daß in einer so belebten Straße, wie sie die Lindenstraße darstellt, ein solcher Ueberfall ausgeführt werden konnte.

Drei Reuthiere, welche gestern Morgen mit dem Postdampfer „Lübeck“ von Ropenhagen im hiesigen Hafen eintrafen, wurden per Wagen nach der Bahn befördert.

Verstorbener ist seit Montag der Straßereiniger Dhrt. D. hat am Sonntag Abend noch einer Festlichkeit bei Haushaha beigewohnt, dann seine Braut bis zum Schlachthause begleitet und wollte dann über Klapp- und Drehbrücke den Heimweg einschlagen; er ist jedoch zu Hause bis jetzt nicht angekommen. Da gegen Dhrt in keiner Beziehung etwas vorliegt, so bleibt nur die Annahme übrig, daß er verunglückt event. ins Wasser gefallen ist. Begründet ist diese Annahme auch noch dadurch, daß man Montag Vormittag in der Nähe der Klappbrücke einen Hut treiben sah, der demjenigen des D. sehr ähnelte.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 22.—29. Februar 1896 folgende Seeschäden gemeldet worden: Total-Verluste 21, davon 6 Dampfer und 15 Segelschiffe, 118 Beschädigungen, davon 72 Dampfer und 46 Segelschiffen zusammen 139.

Eigentumsvergehen. Dienstag Vormittag wurde einem Arbeiter, während er in einem Hause in der Balauerföhr zu thun hatte, ein Schiebkarren-Riemen entwendet.

Widerrichtlich angeeignet hat sich ein hiesiges Mädchen eine Uhr, die von einer Dame am letzten Sonntage in einem hiesigen Vergnügungslokale verloren wurde. Die Uhr war von einem Schulmädchen gefunden worden,

wurde ihm jedoch von dem obigen Mädchen unter der Vorgabe entrisen, daß sie, das Mädchen, die Uhr verloren habe. Das Mädchen wird nun mit dem Strafrichter Bekanntschaft machen.

Schiedsgericht für die Sektion VIII der deutschen Ziegelei-Vereinsgenossenschaft. Sitzung vom 3. März. Im Oktober 1895 erlitt der Ziegeleimeister Hülke aus Lüneburg einen Unfall, daß ihm das Rad einer Dachziegelpresse auf das Bein fiel und einen Knochenbruch herbeiführte. Hülke wurde dadurch in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt und erhielt auch eine Rente von 50 pCt. der Vollrente zugebilligt. Durch Feststellungsbescheid vom Mai 1895 wurde die Rente von 50 auf 25 pCt. ermäßigt. Gegen diese Ermäßigung legte H. Berufung ein. In einer früheren Verhandlung des Schiedsgerichts wurde beschlossen, den H. zur Beobachtung und Behandlung dem medico-mechanischen Institut in Kleinen zu überweisen. H. war denn auch vom 11. bis zum 18. August in dem vorgenannten Institut. In einem Gutachten hielt Dr. Steinthal ihn nur um 25 pCt. erwerbsbeschränkt. H. beantragte nunmehr den Fortgang des Verfahrens, sein Ansuchen lautete nach wie vor auf 50 pCt. Rente. Außerdem forderte er für den achtstägigen Aufenthalt in Kleinen für seine Angehörigen Verpflegungsgelder, Zurückstattung der Kosten für die Reise nach Kleinen und seiner Anwaltskosten. Der Vertreter der Vereinsgenossenschaft ersuchte um Verwerfung der Berufung. Die Forderung auf Erstattung der Reisekosten erkannte er an, diejenige bezüglich der Verpflegung und des Rechtsbestandes jedoch nicht. Die Beklagte wurde verurtheilt, dem Kläger vom 1. Juli 1895 ab eine Rente 37 1/2 pCt. zu gewähren, ihm außerdem die Reisekosten und die Verpflegungskosten für die Angehörigen während seines Aufenthaltes in Kleinen zu zahlen. Der Antrag auf Erstattung der Anwaltskosten wurde dagegen abgelehrt. — Auf der Ziegelei von Kleinen in Kleve geriet der Arbeiter Tob am 3. Dezember 1894 mit der linken Hand in die Räder einer Maschine und zog sich dadurch eine Verletzung zu. Vom 14. Dezember ab wurde dem Tob eine Rente von 50 pCt., gleich 209,40 Mt. jährlich, zugebilligt. In Folge eines Gutachtens wurde diese Rente am 4. Mai 1895 auf 40 pCt. ermäßigt. Gegen eine im September desselben Jahres erfolgte weitere Ermäßigung der Rente legte Tob Berufung ein. Der Vertreter der Vereinsgenossenschaft beantragte Ueberweisung des Klägers an das Institut Kleinen oder die Einholung eines Physikatgutachtens. Die Beklagte wurde verurtheilt, dem Kläger die Rente von 40 pCt. weiter zu gewähren. — Der Ziegeleiarbeiter Schönlan aus Moikling zog sich am 6. Septbr. 1895 beim Steineverladen eine Muskelzerrung zu. Infolge der heftigen Schmerzen in der Schulter und im Arm konnte Sch. seine Arbeit bisher nicht wieder aufnehmen. Die Vereinsgenossenschaft hatte den Antrag auf Gewährung einer Rente mit der Begründung abgelehnt, daß der Unfall nicht erwiesen und auch nicht als Betriebsunfall, sondern als Gewerbeunfall (?) anzusehen sei. Die Vereinsgenossenschaft wurde vom Schiedsgerichte verurtheilt, dem Kläger vom Ablauf der 13. Woche an eine seiner Erwerbsbeschränktheit angemessene Rente zu gewähren. — Am 15. Juni 1895 war der Arbeiter Böler auf der Ziegelei von Lüneburg in Elmshorn damit beschäftigt, mittelst einer Karre Ziegel in den Ofen zu schieben. Infolge eines Fehltritts zog er sich einen doppelten Bruch zu. Die Entschädigungsfestsetzungs-Kommission lehnte die Gewährung einer Rente ab, da erkeint der Unfall nicht erwiesen, und zweitens ein Bruch nicht als entschädigungspflichtiger Unfall anzusehen sei. Der Vertreter der Vereinsgenossenschaft hat, die gegen den ablehrenden Bescheid eingelegte Berufung aus den oben angegebenen Gründen zu verwerfen. Es wurde beschlossen, zunächst noch ein Gutachten des Dr. med. Wolfram in Elmshorn einzuholen. — Am 26. Juli 1895 zog sich der Ziegeleiarbeiter Schäfer auf der Timmschen Ziegelei in Petersdorf bei Kiel beim Thonhiebeln einen Bruch des linken Unterarmes zu. Nachdem Schäfer in der Klinik zu Kiel und in der Anstalt Kleinen behandelt war, wurde ihm eine Rente von 33 1/2 pCt. zugebilligt. Gegen diese Festsetzung hatte Sch. Berufung eingelegt und zwar, weil ihm die Rente zu niedrig war; seine Berufung wurde jedoch als unbegründet verworfen. — Beim Verarbeiten eines Bedürfnisses fiel der auf der Ziegelei von Wirschen beschäftigte Ziegeleimeister Christensen rüchlings in die zur Ziegelei gehörige Wassertiefe und ertrank. Die Vereinsgenossenschaft lehnte die Gewährung einer Rente an die Hinterbliebenen ab, da sie den Unfall nicht als einen Betriebsunfall ansehen könne. Der Vertreter der Vereinsgenossenschaft hat, die gegen den ablehrenden Bescheid eingelegte Berufung zu verwerfen, da das Reichsversicherungsamt in mehreren Fällen derartige Unfälle als nicht im Betriebe vorgekommen bezeichnet habe. Die Vereinsgenossenschaft wurde jedoch verurtheilt, der klägerischen Wittve eine noch näher festzusetzende Rente vom 23. Oktober 1895 ab zu gewähren.

Hamburg. Mitten im Hafen wurde am Mittwoch die Zollbarcasse „Brook“ von einem anderen Fahrzeug in Grund gebrückt. Vier Mann der Besatzung wurden mit in die Tiefe gerissen. Der Maschinist war über Bord gesprungen. Alle wurden mit Mühe gerettet. Das Staatsfahrzeug liegt auf dem Grund.

Bergeborf. Der bei Börnsen ermordete Mann ist als ein Arbeiter Namens Knudsen agnoszirt worden. Er soll der Sohn eines Schmiedes in Altona sein. Aus den bei ihm gefundenen Papieren geht hervor, daß er erst kurz vor seiner Ermordung in Hamburg eine dreitägige Haftstrafe verbüßt hat. Festgestellt ist, daß er mit einer Hosenschnur erdrosselt worden ist und mit einem harten Gegenstand Schläge auf den Kopf bekommen hat. Die photographischen Aufnahmen des Thäters sind Dienstag der hiesigen Staatsanwaltschaft zugesandt worden. Von dem Thäter fehlt noch jegliche Spur.

Neustadt. Die hiesigen Parteigenossen sind durch das traurige Geschick schmerzlich berührt, das den Tischlergehilfen Born in Ludwigslust ereifte, wo derselbe infolge zu frühen Schließens der Ofenklappe an giftigen Kohlen gasen erstickte. (Drei Kollegen B.'s wurden lebend in's Krankenhaus gebracht. Red.) B. war bis vor drei Wochen hier nahezu zwei Jahre in Arbeit gewesen und hatte sich durch sein umsichtiges und energisches Eintreten für die Sozialdemokratie in den hiesigen Arbeiterkreisen ein gutes Andenken erworben; dasselbe wird in Ehren gehalten werden!

Kiel. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den flüchtigen englischen Sprachlehrer der hiesigen Marineschule, Ranklor wegen Majestätsbeleidigung einen Steckbrief erlassen.

Kiel. Ueber die Aufsehen erregende Entdeckung eines Defizits von annähernd 300 000 Mark in der Bysabeller Sparkasse und der unredlichen Handlungsweise des verstorbenen protestantischen Landtagsabgeordneten Lassen liegen folgende Mittheilungen vor. Die Sparkasse hat bereits die Zahlungen eingestellt. Der Garantiefonds beträgt nur 75 000 Mark, so daß die Inhaber der Sparkassenbücher mindestens 200 000 Mark verlieren. Seit längerer Zeit verbreiteten sich Gerüchte über Unregelmäßigkeiten in den Büchern der Sparkasse. Der Vor-

Konk der Kaffe erließ vor kurzem eine Aufforderung zur Einlieferung der Spartassenbücher. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der verstorbene Parlamentarier schwer belastet ist. Die große Verehrung, die dem für die dänische Sache, für Kirche und starre Orthodoxie kämpfenden Mann zu Theil wurde, hat die Unterschlagungen erleichtert. Die Unregelmäßigkeiten haben anscheinend vor Jahren ihren Anfang genommen. Ein Blatt erfährt, daß Lassen durch Führung einer zweiten Klasse die Revisionen getäuscht haben sollen. Die Unrichtigkeiten sollen bereits vor einem vollen Jahre bemerkt sein, doch ist davon nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Man versuchte die Sache im Geheimen zu regeln. In einer Vorstandssitzung im September 1895, die angeblich unter der Leitung Lassens stattfand, wurde die Einlieferung sämtlicher Spartassenbücher behufs einer Generalrevision beschlossen. Die Sache ist indes offenbar verschleppt worden; erst nach dem Tode Lassens gelangte der Beschluß zur Ausführung. Wie es heißt, dürften den Inhabern der Spartassenbücher 55-60 Prozent gesichert sein. Es sind ganz überwiegend Leute des Mittelstandes durch den Zusammenbruch betroffen worden.

Friedland i. M. Der Förster Adolf Schwarz in Schwichtenberg ist von Wilddieben erschossen worden.

Rostock. Die auch in unserem Lande unter der Aristokratie und den Geistlichen vertretene sogenannte „Deutsche Rechtspartei“ hatte von den mecklenburgischen Landesregierungen die Erlaubniß erbeten, sich als politischer Verein konstituieren zu dürfen. Beide Regierungen haben jedoch dies Ansuchen zurückgewiesen.

Oldenburg i. Gr. Ein inhaltvolles Testament, dessen Verlesung mit großer Spannung erwartet wurde, wurde vor dem Amtsgericht in Oldenburg i. Gr. eröffnet. Der alte und seit Jahren der Pflege und Aufwartung bedürftige Proprietär Peter Cordes in Oldenburg hatte seinen gesammten Nachlaß wie er sagte, seinem Hauswirth unter der Bedingung vermacht, daß Letzterer ihn bis an seinen Tod verpflegen sollte. Dies hat er denn auch gethan, wofür er monatlich eine Vergütung ohne der in Aussicht stehenden Erbschaft erhielt. Cordes ist nun am Donnerstag in hohem Alter verstorben. Montag beantragte sein Hauswirth und Erbe die Publikation des Testaments, die denn auch

sofort geschah. Das couvertirte, dem Amtsgericht übergebene Testament wurde geöffnet und siehe da! Was war in dem mit der Aufschrift: „Hierin mein letzter Wille“ versehenen Couvert? Ein weißer unbeschriebener Bogen! Mit einem recht verblüfften Gesicht verließ „der Erbe“ das Amtsgericht.

Neueste Nachrichten.

Hamm. Bei der Sparkasse des Amtes in Rhynern sind Unregelmäßigkeiten von beträchtlichen Umfange vorgekommen. Bedeutende Beträge sind unterschlagen. Die Sparkasse sowie andere städtische Kassen wurden von zwei Regierungsbeamten geschlossen.

Rattowitz. Eine furchtbare Grubentastrophe wird von hier gemeldet. In der Nacht zum Mittwoch brach auf der Gisches Erben gehörigen Grube „Aeophas“ ein Brand aus. Bis Mittwoch mittags 1 Uhr waren aus der Grube Aeophas 31 Tode, darunter zwei Oberhauer, heraufbefördert. Vermuthlich befinden sich weitere 30 Mann noch in der Grube. Es ist kaum anzunehmen, daß dieselben sich noch am Leben befinden. Ueber das Unglück werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Nachtschicht war Dienstag Abend auf dem Reckeschacht 70 und auf dem Walterschacht 140 Mann stark eingefahren. Um die erste Stunde machte sich ein brandiger Geruch bemerkbar. Im Frankenbergsschacht war die Holzjimmierung in Brand gerathen und zwar vermuthlich durch die Dampfrohre einer dort stehenden Wasserhaltungsmaschine. Durch den großen Qualm war der Weg zur Ausfahrt des Walterschachtes fast abgeschnitten. Die im Reckeschacht eingefahrenen Mannschaften retteten sich fast sämmtlich. Von dem Walterschachte gelangten etwa 70 Mann, welche in der Nähe der Ausfahrt arbeiteten, an die Oberfläche, die übrigen stüchteten nach dem Holzhängeschacht Schwarzenfeld oder nach dem Cosarschacht, die etwa 2000 Meter von den Hauptschächten entfernt sind und aus welchen eine Heranbeförderung von Personen nur durch an Seilen befestigte Krübel möglich ist. Hier befinden sich fast sämmtliche um das Leben gekommene Mannschaften. Die ersten Toten wurden Mittwoch früh 4 Uhr heraufbefördert, später wurden 4 Mann lebend heraufbefördert; dieselben

hatten so viel Geistesgegenwart befallen, sich gegen heranziehenden Schwaden abzukümmern. Der Brand wurde durch Rettungsmannschaften abgedämmt. Hunderte stehen die Schachttöffnungen, an denen sich herzzerreißende Szenen abspielten. Das Unglück ist das größte in unglück Ober-Schlesien. Der Betrieb der Aeophasgrube ist voraussichtlich auf Wochen gestört.

Rom. Durch ein Dekret des Königs vom 22. Febr. ist General Valdissera zum Befehlshaber der italienischen Streitkräfte in Afrika ernannt worden mit allen Befugnissen in Civil- und Militärangelegenheiten. Durch ein Dekret des Königs vom 3. ds. Mts. wird General Barattieri von seinem Posten als Gouverneur von Cythos entbunden.

Lübeker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund	3. März
Weizen 14 Mk. — Pf. bis 14 Mk. 50 Pf.	
Roggen 11 „ — „ 12 „ 75 „	
Gerste 11 „ — „ 11 „ 75 „	
Hafer 11 „ — „ 11 „ 50 „	
Erbsen 12 „ — „ 12 „ 50 „	
Gelbe Kocherbsen 15 „ — „ 16 „ — „	
Grüne „ 15 „ — „ 16 „ — „	

Sternumarkt.

Hamburg, 4. März.
Der Schweinehandel verlief flau. Zugelassen wurden 1020 Stück, davon vom Norden — 500 Stück, vom Süden — 520 Stück. Preise: Verkaufsschweine schwere 40—42 Mk. leichte 40—42 Mk., Sauen 35—39 Mk. und Ferkel 38—41 Mk. pr 100 Pfd.

Angehörige aus abgegangener Schiffe in Livorno.
Angekommen:
Mittwoch den 4. März.
12.05 N. D. Livadia, Bendfeld, von Sleitin in 22 St.
3.20 N. D. Thor, Madlen, von Kaslov in 7 St.
3.20 N. Anna Christine, Hagelstein, von Neustadt in 12 St.
Donnerstag den 5. März.
8.25 N. D. J. P. Dillberg, Bergh, von Kopenhagen in 13 St.
Abgegangen:
Mittwoch, den 4. März.
11.30 N. D. Kien, Sehr, nach Kopenhagen.
2.20 N. D. Nacional, Rühr, nach Liban.
1.— N. D. Adler, Fischer, nach Wien.
5.30 N. D. Elbe, Efers, nach Neval.
7.15 N. D. Rajaben, Hulsten, nach Kopenhagen.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B: 6,81 SW, frisch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu Otern ein Lehrling für mein Geschäft gesucht. **W. Brandt, Segelmacher,** Beckergasse 91.

Zu logeleich oder zu Otern ein Burche in die Bäckereihöhre. **A. Klutke, Fadenburger Allee 21.**

Ein junges Mädchen sucht Stellung bei einzelnen Leuten oder einzelner Dame. Näheres in der Expedition d. Bl.

Eine Plätterin wünscht Beschäftigung für einige Tage der Woche. Näheres Meierstraße 5 c.

Commisbrod zu 40 Pf. empfiehlt die Bäckerei von **W. Gülsdorf,** Glöwigstraße 6 a.

Frau J. Dentzau
Lübeck, Untertrave 113.
Special-Behandlung für
Beinschäden, Drüsen u. Hautkrankheit.
Zu sprechen Freitags und Sonnab. von 10—5, Sonntags von 9—2. Unbemittelte berücksichtigt.

Schweizer Käse
saftig und schön, Pfund 80 Pfennig
empfiehlt
Reinh. Büsen, Arminstr.

Baackobst
und
Hilfenfrüchte
ausserordentlich billig
empfiehlt
Ferd. Schreiber,
12. obere Johannisstraße 12.

Grüne Erbsen à Pfund 10 Pfg.
bei größeren Posten billiger
Victoria
Grüne Erbsen
Süßen
Weiße Bohnen, 3 Sorten
Apfel von 10 Pfg. an
Apfelsinen u. Citronen
Sämmtliches Backobst
ff. Landspick, Eier u. Würst
zur hiesige Waare empfiehlt billigst
L. Jacobsen
Gemüse-, Obst- u. Kartoffelhandlung
Lübeck, Meierstraße 26 a.

Alte und neue Betten.
34 Marlesgrube 34.

Ludw. Hartwig's Kaffee schmeckt am Besten.

Zum ersten Mal in Lübeck!
Schmiedestraße 20. Neue Welt. Schmiedestraße 20.
Täglich grosses Concert
der Original serbischen Tamboriza-Capelle „Orient“ aus Belgrad.
Dirigent **Janos Kocsin.**
Eintritt frei. Zum ersten Mal in Lübeck! Eintritt frei.

Türk. Pflanzen . . .	Pfund 20 Pfg.
Sackäpfel	40 „
Getr. Kirichen . . .	40 „
„ Birkbeeren	50 „

empfehl
Reinh. Büsen, Arminstraße.

Diverse Artikel

zur Confirmation
werden bedeutend billiger verkauft:
Schwarze reinwollene Kleiderstoffe
per Meter 62 Pf.
Eine Parthie farb. Kleiderstoffe
mit feinen Blumen gestickt,
per Meter 85 Pf.
Weisse Stiderei-Unterröcke
Stück 1,28—5,25 Mk.
Pardend- und Tuch-Unterröcke
Stück 0,75—7,25 Mk.
Dicke Calmar-Unterröcke
Stück 1 Mk.
Schwarze Handschuhe jegl. Art
Paar von 16 Pf. an.
Uhrfeder-Corsets
Stück von 1,00—6,45.
Damen-Schürzen, bef. reiche Ausw.
Stück von 0,18—3,25 Mk.
Weißlein. gesäumte Taschentücher
Stück von 18 Pf. an.
Damen-Hemden, Stück von 72 Pf. an.
Damen-Beinkleider Stück v. 95 Pf. an.
Sämmtliche übrigen Wäsche-Artikel
in großer Auswahl.
Besonders weise ich hin auf eine große
Parthie Tuch- u. Kammertragen
für Konfirmandinnen, von 1,28 Mk. an.
Conf.-Zackets ebenfalls vorräthig.
Otto Albers
Lübeck, Kohlmarkt 13.
Baarverkaufslokal für Manufacturwaaren.

38 Marlesgrube 38

Mein reichhaltiges Lager in
Herren- und Knaben-Garderoben
Konfirmanden-Anzüge
hochfein, schon von 9 Mk. an, sowie
Fußzeug
halte den Arbeitern Lübeck und Umgegend
angelegentlich empfohlen. Durch Ersparniß großer Ladenmiete bin ich
in der Lage, billiger als jede Konkurrenz verkaufen zu können.
Bitte um Besichtigung!
Kein Kaufzwang!!

Die Schweineschlachterei

von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt:
Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
Karbonade, Pfd. 60 Pf.
Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.
Leber-, Braunschweiger, gefochte, geräuch.
Pfehwurst, Pfd. 60 Pf.
Dicke Rippen, Pfd. 55 Pf.
Pa. Flohenschmalz, Pfd. 60 Pf.
Schensfleisch, Pfd. 50 Pf.
Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.
Nur hiesige Waare.
Kalbfleisch . . . Pfund 30 Pf.
Schweinefleisch . . . 50 „
empfiehlt die
Schlachterei von **W. Carstens**
Meierstraße 13.
F. M. & Co.
Sonnabend Abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Bestes amerik. Petroleum

Pfund 10 Pf. empfiehlt
Bernhard Grube, Lachweh-Allee 25

Achtung! Oeffentliche Versammlung der Bauarbeiter

und verwandter Berufsgenossen
Lübeck und Umgegend
am Freitag den 6. März 1896
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter u. ihre Hebung durch die Organisation (Referat Th. Schwartz).
2. Wahl einer Lohnkommission.
3. Diskussion.
Die Bauarbeiter werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Concert-Haus Flora

Heute Donnerstag den 5. März
Gr. humor. Kappenfest und Ba
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Entre 60 Pf., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundlich ein
Die Bedienung.

Einladung zum Brauer-Kränzchen

am Freitag den 6. März 1896
im **Berliner Hof.**
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr Morgen.
Eintritt 60 Pf., eine Dame frei.
Das Comité.

Stadttheater in Lübeck

Freitag den 6. März:
101. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Droun Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
OTHELLO
Desdemona — Fr. Schorer a. U.
Othello — Herr Bück a. G.
Sonnabend den 7. März:
103. Abonnements-Vorstellung. 1. Serie: Grog (Die 102. Ab.-Vorst. findet Sonntag statt.)
26. volkst. Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Benefiz
für **Frl. Gertrud Wach**
Das Mädchen von Heilbronn
Mädchen — Frl. G. Wach.

Die Militär-Menage vor dem Schwurgericht.

Wieder hat sich ein sozialdemokratischer Redakteur ums Vaterland verdient gemacht, indem er schreiende Mißstände aufgedeckt hat. Das hat ihn, wie gebräuchlich, auf die Anklagebank gebracht. Aber er stand vor süddeutschen Geschworenen, vor Leuten aus dem Volke, deren Söhne vielleicht selbst schon die schöne Kost der Militär-Menage genossen oder noch in diese angenehme Lage kommen können. Es war keine Parteisache, die zu beurtheilen war, der Klassenkampf warf seinen Schatten nicht in den Gerichtssaal, und so wurde der Angeklagte freigesprochen.

Unser Münchener Parteiblatt, die „M. Post“, brachte 9. und 10. Juni v. J. unter der Ueberschrift „Soldatenmenage“ einen Artikel, der sich mit den Menageverhältnissen der Soldaten beschäftigte und die in letzterer Zeit sich immer mehr häufenden Epidemien in den Kasernen größtentheils auf die verdorbene oder mangelhafte Menage zurückführte. In dem Artikel war auch behauptet, daß die Menage häufig deshalb so schlecht sei, weil die Küchenunteroffiziere mit den Lieferanten unter einer Decke spielen, und weil die Vorgesetzten (Menage-Offiziere) sich nicht genügend Mühe geben, die Menage genau zu überwachen. In dem letzteren Passus erblickte der bairische Kriegsminister eine Beleidigung der Unteroffiziere und Offiziere der 1. b. Armee und stellte Strafantrag, weshalb sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse E. Schmid, vor den Geschworenen zu verantworten hatte.

Die Verhandlung fiel so aus, daß das „Bair. Vaterl.“ meint, sie wäre weit besser unterblieben. In gewisser Hinsicht hat das Blatt Recht. Es wäre ein Zeichen gesunder Zustände, wenn der Artikel der „Münchener Post“, anstatt dem bairischen Kriegsminister Anlaß zur Stellung eines Strafantrags gegen denjenigen zu geben, der solch böse Mißstände aufdeckte, vielmehr für die Heeresverwaltung Ansporn zur genaueren Untersuchung der Menageverhältnisse und zur Abstellung der berechtigten Beschwerden geworden wäre. Indes, Behörden sind, wie die Mexikaneraffäre zeigt, nicht immer die am besten geeigneten Institutionen, die Wahrheit festzustellen. Und so lange unter den gemeinen Soldaten die Ansicht vorherrschend bleibt, daß der Beschwerdeführer beim Militär nicht gern gesehen wird, daß man mit Beschwerden „nicht weit kommt“, so lange noch, wie in diesem Prozeß ein Zeuge aus sagte, der Gemeine selbst auf Befragen den Vorgesetzten „selbstverständlich niemals“ die Wahrheit sagt, wenn es sich um etwas handelt, was nicht sein soll, weil er Unannehmlichkeiten befürchtet, so lange werden Veröffentlichungen der Presse über bestehende Mißstände wenig Aussicht auf unmittelbare Wirkung haben. Sie gewinnen sie erst mittelbar durch das übliche Strafverfahren gegen ihren Urheber, das auch der Behörde Gelegenheit giebt, sich zu überzeugen, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, und das zugleich, indem es dem Gegenstande größere Publizität verleiht, den Druck der öffentlichen Meinung verstärkt.

Etwa 40 Zeugen traten auf, darunter auch der Ver-

fasser des Artikels, der ehemalige Sekondeleutnant Hofmeister, der bekanntlich seiner Zeit in Würzburg sozialdemokratischer Umtriebe angeklagt und wegen angeblicher Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen wurde. Sein früherer Oberst hat sich in der Verhandlung zwar sehr abfällig über Hofmeisters militärische Befähigung geäußert. Indes, diese kam bei der Affaire am wenigsten in Betracht. Was in dem von Hofmeister geschriebenen Artikel behauptet worden ist, daß ist durch die Zeugenaussagen mehr als erwiesen und darauf kommt es an.

Von den Zeugenaussagen seien nur die gravirendsten hier hervorgehoben.

Zeuge Lieutenant Hofmeister bekundet, daß die Menagenverhältnisse und die Kontrolle der Menage durch die Vorgesetzten bei dem 18. Infanterieregiment in Landau vielfach zu wünschen übrig ließen. Das Fleisch sei oft schlecht gewesen, der Menageoffizier habe meist mangelhaft kontrollirt. Zeuge hat den Gefreiten Abt seiner Kompagnie einmal durch dienstlichen Befehl zur Beschwerdeführung wegen schlechter Menage veranlaßt. Der Vorsitzende der Menage-Kommission, Hauptmann Hautmann, ließ darauf diesen Gefreiten kommen und sagte zum ihm: „Wenn andere Kompagnien das essen können, dann kann es Ihre Kompagnie auch. Kommen Sie mir nicht mehr mit einer solchen Beschwerde!“ Der Lieutenant Guttmann habe ihm einmal gesagt, daß er als Menageoffizier volle dreißig Tage nicht revidirte, sondern erst am Ende des Monats die dreißig Tage im Küchenbuche nachgetragen habe. Als er (Zeuge) einmal die Menage als „nicht genügend“ bezeichnete, habe der Major ihn rufen lassen und zu verstehen gegeben, daß er solches nicht wünsche. Der Vorsitzende der Menagekommission habe einem Beschwerdeführer gesagt: „Diese Sachen kommen immer nur bei dieser Kommission vor. Bringen Sie mir keine solche Beschwerden mehr.“

Zeuge Reiß fand im Jahre 1889 bei einer Reserveübung beim 2. Infanterie-Regiment das Fleisch und die Suppe meist schlecht, das Kraut fast ungenießbar. Auf erhobene Beschwerde wurden die Mannschaften von den Unteroffizieren und Köchen beschimpft, einer der Ersteren rief: „Ihr Bauernkerle, was braucht ihr denn was zu fressen!“

Zeuge Krämer diente beim 8. preussischen Fuß-Artillerie-Regiment in Metz. Die Menage sei einmal ganz verdorben gewesen und habe stark gerochen. Auf erhobene Beschwerde hin wurde auf Anordnung des Hauptmanns anderes Essen aus der Kantine verabreicht. In der Küche wurde äußerst unregelmäßig revidirt. Einmal hat der Zeuge gesehen, wie ein Fleischlieferant einige Küchenoffiziere regalkirte.

Zeuge Klein, von 1890—1893 im 1. Artillerie-Regiment, weiß, daß dem Wachtmeister öfter Fleisch und Zucker aus der Mannschaftsküche verabfolgt wurde und daß beim Küchenunteroffizier bisweilen dessen Freunde nebst Frauen vom Mannschaftsfleische frühstückten. Die Küchen-Unteroffiziere erhielten Geld von den Fleischlieferanten.

Zeuge Bald sagt ähnlich aus. Einen ganzen Monat ist kein Offizier in die Menage gekommen.

Zeuge Karck von 1887—1890 beim 8. Infanterie-

Regiment in Metz. Das Fleisch wurde öfters nachgewogen und war dann immer zu wenig. Die Suppe war sehr dünn, meist verbrannt und oft ungenießbar. Die Zwiebacksuppe konnte man nicht essen und der Major erkannte vor versammelter Mannschaft an, daß sie ungenießbar sei.

Zeuge Ryrmeier war im Jahre 1891/92 erster Koch beim 1. Feldart.-Regt. Die Köche haben von den Bäckern, Metzgeren und Gärtnern Geld erhalten. In der Küche mußten täglich 10—20 Mark eingespart werden. Hauptmann Haberlack war täglich in der Küche, nicht um die Menage zu versuchen, sondern im Küchenbuche nachzuschauen, wie viel erspart wurde. Der Offizier vom Kasernendienst ist überhaupt erst Nachmittags in die Küche gekommen, wenn die Menage schon draußen war. Herr Premierlieutenant Englert hat sich in der Küche häufig ein halbes Pfund Rindfleisch geben lassen, weil es seine Frau Gemahlin gerne aß und hat dafür den Köchen ein Trinkgeld gegeben.

Zeuge Laudensack, beim selbigen Regiment: Die Kartoffeln waren einmal unter allem Hund. Für die Unteroffiziere wurden Rosenkartoffeln genommen, für die Mannschaften die schlechten und viel Essig hineingethan, damit man es nicht so merkt, daß sie stinken. Aus dem Mannschaftskessel wurde häufig Fleisch herausgenommen und in den Unteroffizierskessel gelegt.

Zwei Zeugen, die in Erlangen gedient haben, bekunden, daß von dem Mannschaftskessen vielfach die Portionen für Feldwebel und Unteroffiziere genommen wurden. Es wurde häufig schlechtes Brod geliefert, das bereits von den Mäusen angefressen, schmutzig und von Mäusekoth bedeckt war. Die Köche machten den Küchenfergeanten auf diesen Mißstand aufmerksam, dieser habe gesagt, sie (die Köche) sollen das Angefressene wegschneiden. Die Bäcker bezahlten dem Küchenpersonal oft Bier.

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn keine Meldung gemacht habe, antwortet der Zeuge: „Ja, beschweren, das überlegt man sich!“

Zeuge Mich. Kern diente von 1888—1891 beim 8. Inf.-Regt. in Metz. Die Kartoffeln waren meist ausgewachsen oder angefault. Auf erhobene Beschwerde wurde gesagt, man könnte keine bessere Menage schaffen, weil die Lebensmittel so theuer sind. Die Leute in der Küche haben gesagt, daß der Offizier nur selten in die Küche gekommen ist; er hatte die Menage nur wenig oder gar nicht versucht und in das Buch einfach „gut“ eingeschrieben. Auch dieser Zeuge hat sich nicht beschwert, weil es allbekannt sei, daß man mit Beschwerden nichts ausrichte und sich Unannehmlichkeiten zuziehe.

Zeuge Paas diente beim 8. Inf.-Regt. in Metz. Ein Mann hat in der Menage einmal einen Rattenschwanz gefunden. Er sei damit sofort zum Menagepächser Hauptmann Lindig gegangen, habe die Beschwerde vorgebracht und dem Hauptmann den Rattenschwanz gezeigt. Dieser habe ihn aber fortgeschickt, indem er meinte, das in der Menage Vorgefundene sei kein Rattenschwanz, sondern Suppengrün.

Zeuge Joseph Stör diente von 1885—1888 im 8. Inf.-Regt. in Metz. Die Menage war nicht so, wie

In der Hochfluth.

Novelle von E. Zoeller-Lionheart.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Warum haltet Ihr hier nicht mehr Ordnung und Sauberkeit?“ herrschte sie das Mädchen an, das bescheiden hinter ihr stand. „Da war' Dein Streben nach Verbesserung am Plage, und Du könntest wenigstens etwas Nützliches damit ausrichten, anstatt so hinzudufeln und Dir einzubilden, Du wärest wunder etwas Besseres als die anderen, weil Du Dir Dinge vorträumst, die Du nie erreichen kannst, was Dich nur unzufrieden macht.“

„Wenn Du wirklich der überlegene Mensch wärest, der Du Dir einbildest zu sein, so würdest Du es in diesem ungesunden Qualm nicht fünf Minuten aushalten und dafür sorgen, daß die alte Frau nicht wie ein Scheusal daläge.“

„Kannst sie nicht allein regieren, sagst Du? — Na, warte 'mal, ich will Dir zeigen, wie man's macht, wie man mit Kranken umgehen muß. Das ist ein Gott wohlgefälligeres Werk, als sich auf die Vornehme herausspielen, die zu solchen Handlungen sich zu gut hielten. Sol' 'mal frische Wäsche her; sag' nur der Schwägerin, ich wollt's haben, da wird sie sich wohl nicht sperren. Ist 'ne Schande, wie Ihr das arme Weibsbild, der Eine aus Geiz, der Andere aus Gleichgültigkeit, hier so verkommen laßt. So, stell' Dich gegen den Ofen und wärme damit das Zeug. Kennst Du die trübe Lache dort in dem Krug vielleicht frisches Wasser? Du solltest Dich schämen!“

Und die tüchtige Frau nahm höchst eigenhändig den braunen Steinkrug, ging hinaus an den Brunnen, spülte denselben gründlich aus und füllte ihn mit kristallklarem Raß, während Vene mit beschämt gesenktem Haupt, den

Rücken an den Ofen gestemmt, die feuchte Wäsche gehorsam wärmte.

Als die Baronin nun, sich ein reinliches Handtuch um die energisch zugreifende Hand wickelnd, in den braunen Krug hinunterfuhr und der Fieberverschmachteten Gesicht, Hände und Haupthaar wiederholt erfrischte, ging ein Ausdruck unfähigen Wohlbehagens über des Mütterchens Züge und sie schlug dankbar lächelnd die Augenlein auf, während die geschickten Finger der Patronin schon das Laken zur Rolle aufgewickelt unter dem hageren Körper und, diesen behutsam mit der anderen Hand hebend, schnell emporzogen.

„So machst Du's künftig; ich komme ab und zu und revidire und wehe Dir, wenn ich noch 'mal eine solche Vernachlässigung spüre; auch lästern mußt Du alle Tage ein paarmal. Hier erstickt ein Gesunder, geschweige denn Einer, dem es schon an Athem mangelt.“ — Die Ihr es nur in dem Dunst aushalten könnt!“ sagte sie endlich zum Abschied zu Vene, die mit großen Augen lernbegierig dastand und mit stillen Selbstvorwürfen ansah, welche erhöhtes Behagen die menschenfreundlichen Bemühungen der Schlossfrau dem armen, verkommenen Mütterchen zu schaffen verstanden.

Mit Entrüstung erzählte die Baronin ihrer Gesellschaft von dem jammervollen Zustand, in dem sie das Krankenzimmer gefunden, und ließ sich auch verwundert darüber aus, wie ein so hübsches, doch in andere Umgebung gebrachtes Mädchen wie die Vene, die an ihrem eigenen Leibe so sauber und akkurat sei, so wenig Sinn für Reinlichkeit und Ordnungsliebe in ihrer Umgebung haben könne.

Gräfin Georgine zuckte verächtlich mit den spitzen Schultern. „Was weiß der Böbel davon, ihm ist die Reinlichkeit auch nur ein äußerlicher Puz, kein Bedürfnis, eine Art von Toilettemachen, das er abwirft, wenn es ihm nicht mehr der Mühe lohnt. Daher die schlumpigen

Weiber mit zermühlten Haaren und schwarzen Nägeln in einem Alter, wo man in unseren Kreisen noch unter die Gefeierten gehört.“

Sie zog die aristokratische Hand dabei aus dem Miniaturmuff und den Winterhandschuh herunter und strich lieblosend mit der Rechten über die atlasweiße Haut der Linken aus deren durchsichtiger Zartheit das blaue Adergezeig schimmerte und die polirten Nägel wie rosige Muscheln glänzten.

Diese Hand war ihr Stolz, ihre einzige vollkommene Schönheit, der Stempel von Klasse, von hochvornehmer Geburt, wie sie hochmüthig betonte, und es that ihr wohl, diese ideale Hand von des Kandidaten sprechenden Augen bewundern zu lassen, der ihr jetzt im Schlitten wieder gegenüber saß.

Er sog mit einer Art Gier bei der Schilderung seiner Patronin das vornehme Blumenparfüm ein, das Gräfin Georginens Gewandung bei jeder Bewegung ausathmete. Es war ihm wie ein Gegenmittel der giftigen Dünste, die seine lebhaftere Phantasie bis zum Ekelgefühl sich in Venes Behausung vormalte.

Doktor Gotthold Hoffmann war eine entschieden fein organisirte Natur mit den empfindlichsten Nerven einer verweichelichten Frau, die alles Unschöne krankhaft verletzete, alles Gemeine anwiderte und abließ. Diese Empfindlichkeit konnte sich bei ihm bis zur Krankhaftigkeit steigern.

Selbst in seiner Neigung zu Vene war er nur diesem gewaltigen Zuge seiner das Schöne, Heitere hellenisch vergötternden Sinnlichkeit gefolgt, die seinen schwachen Charakter stets slavisch sich unterjochte.

III.

Die Baronin hielt wirklich Wort und revidirte fleißig, aber sie fand nichts mehr zu tadeln; im Gegentheil, sie lobte eifrig und sprach sich auch anerkenntend zu Hause

sie hätte sein sollen. In der Griesuppe wurden Würmer gefunden. Das Büchfleisch war meist nicht gut. Die Erbsen waren nicht durchgekocht, sondern noch ganz roh, weshalb sich Zeuge beim Hauptmann Lindig beschwert hat. Es hat aber nichts genützt.

So geht es denn noch eine Weile weiter. Andere Zeugen bekunden, daß die Küchen unsauber, die Reinigung der Geschirre sehr mangelhaft und daß namentlich auch die Konferenzen und das Dörrgemüse sehr schlecht waren. Die Mannschaften waren der Meinung, daß dem Genusse dieses Dörrgemüses die Typhusepidemieen zuschreiben seien. Gegen das Beschwören haben fast alle große Abneigung.

Die Bekundigungen der als Zeugen geladenen Offiziere und Fleischlieferanten konnten diese Aussagen nicht erschüttern. Die Offiziere halten dafür, daß die Menage gut gewesen sei; einer erklärt sie sogar für ausgezeichnet. Beschwerden seien wenige gekommen. Daß den Soldaten die Menage bisweilen nicht gefalle, führte einer der Herren auf das Einbringen unzufriedener Elemente zurück. In der That eine bequeme Erklärung! Die Regimentsmeister mußten zugeben, daß sie das Küchenpersonal „geschmiert“ haben, nur wollten sie keinerlei Bestechung beabsichtigt haben. Auch haben sie gutes Fleisch geliefert, trotzdem sie dasselbe bedeutend billiger abgegeben haben, als sonst der Ladenpreis ist.

Der bairische Kriegsminister wird seines Straf-antrages nicht froh werden. Aber es ist nicht die bairische Armeeverwaltung allein, die hier kompromittiert worden ist; der Militarismus hat wieder einmal auf der Anklagebank gesessen. Zwar sind es nicht spezifisch militärische Einrichtungen, deren Blößen entleiert wurden, aber auch hier ist der böse Einfluß des Grundfehlers unserer Heeresrichtungen nicht zu verkennen. Wäre es möglich, daß sich solche schauererregenden Zustände entwickeln oder daß sie lange bestehen könnten, wenn unser Heer wirklich ein Volksherr wäre, wenn das sogen. Beschwerderecht von den Gemeinen wirklich auszuüben gewagt würde? Oder daß die erhobenen Beschwerden so scharf abgewiesen werden und meist ohne Erfolg bleiben? Sicherlich nicht. Daß die Söhne des Volkes im Waffenrock häufig schlecht genährt werden, ist gewiß traurig, aber noch trauriger ist es, daß ihnen diese schlechte Kost genießbarer scheint, als die Folge einer Beschwerde.

Der Militarismus hat böse Zeit; innerhalb weniger Tage wurden der Sergeant Jech und unser Genosse Schmidt freigesprochen!

Soziales und Partei-Leben.

Der Reichstags-Abgeordnete Genosse Zukauer ist nicht unerheblich erkrankt. Er leidet an einem Anfall von Influenza, zu der sich eine leichte Lungenentzündung gesellt hat.

Zur Lage in der Konfektion. Die Sammlungen, welche der „Vorwärts“ zu Gunsten der Ausständigen unternommen hatte, haben die Summe von 33 591,67 Mark ergeben; darunter befinden sich erhebliche Beiträge aus bürgerlichen Kreisen. Die Sammlung ist jetzt geschlossen, etwa noch einlaufende Gelder werden durch die Gewerkschafts-Kommission in Empfang genommen. Von der Expedition des „Sozialist“ sind bis jetzt 126 Mark gesammelt, von dem bekannten Farrer Naumann in Frankfurt a. M. 1400 Mark. In der „Hilfe“, dem Organe Naumann's, wird ein Boykott derjenigen Geschäfte, welche Frauen und Töchter von Beamten beschäftigen, in Vorschlag gebracht. Die Lage in der Provinz hat sich wenig verändert. In Stettin, das einen bedeutenden Ruf durch seine Konfektion besitzt, ist immer

aus, wie anständig die Vene in allem sei, wie weißgecheuert nun der sand- und tannenzweigbestreute Fußboden; wie rein die Luft im Krankenzimmer, ja geradezu balsamisch durch die Blumenstöcke, die Vene an den grünlichen kleinen Fenstercheiben in Cigarrentaschen zöge, und wie gepflegt und sauber sich die Greisin jetzt herausnehme.

„Sie lebt förmlich auf und wird geradezu hübsch mit ihrem glattgestrichenen Silberscheitel und der weißen Nachtmühe“, erzählte sie ein paar Wochen später voll Humor. Die Besuche bei Mutter Kröger hatte sich die Patronin geradezu von ihrer vielbeschäftigten Zeit abstellen müssen, denn im Schloß ging's hoch her. Eine Verwandte ihres verstorbenen Mannes, ein armes adliges Fräulein, das die Baronin ausstattete, sollte vom Schloß aus in die Arme des künftigen Gatten wandern, der ein reichbegüterter Nachbar war.

„Ich bin arm ins Haus gekommen, mithin haben die Verwandten meines Seligen auch Ansprüche an seinen mir vermachten Reichthum“, entschied die Braut, da der Vormund der Jungfrauen ihr gegentheilige Vorstellungen machen wollte.

Und dabei blieb's. Die Großnichte mußte zur Hochzeit ins Schloß einrücken. Vene stückte und nähte die köstliche Brautwäsche; in Küche und Keller herrschte lebhaftes Treiben in Vorbereitung des großen Tages, der die ganze Sippe von Braut und Bräutigam im Schloß versammeln sollte.

Deshalb auch allein war Gräfin Georgine den ganzen langen Winter über wohl als Gast im Schloße verblieben, sie, die das Landleben sonst so unerträglich fand.

Wahrscheinlich, um sich die Zeit zu verkürzen, hatte sie bescheidenlich um Erlaubniß gebeten, dem Unterricht

noch keine Einigung zwischen den Firmen-Inhabern und den Arbeitern erzielt worden. Die dortigen Blätter veröffentlichten Aufrufe für die Streikenden, bei denen die bitterste Noth herrscht. — Beendet ist der Streik in G r l i z, nachdem ein Minimaltarif mit 15 pBt. Aufschlag zwischen den Parteien vereinbart ist. Die Konfektionsarbeiter im S p e s s a r t und im O b e n w a l d sind überall in die Bewegung eingetreten und haben zum Theil wesentliche Lohnzulagen erzielt.

Zu den Lohnbewegungen in Berlin. Die Arbeit eingestellt haben die Tischler der Mühlenbau- und Maschinenfabrik von Kapler, 42 Mann an der Zahl. — Der Holzarbeiterstreik erstreckt sich, nachdem neuerdings mehrere große Firmen die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben, nur noch auf etwa 190 in 41 Werkstätten beschäftigte Personen. — Mit dem Streik der Möbelpolierer wird sich voraussichtlich auch das Gewerbegericht als Einigungsamt zu befassen haben. Bisher sind die Ausständigen in 265 Werkstätten mit 625 Polierern mit ihren Forderungen durchgedrungen. Die Arbeit ruht noch in 45 Werkstätten mit 105 Mann. — Die Stöckarbeiter beschlossen, durch partielle Arbeitseinstellungen bei den am schlechtesten zahlenden Firmen eine Aufbesserung der Lohnsätze zu erzielen.

Zum Tuchmacherstreik in Rottbus wird geschrieben: In Sachen des hiesigen Textilarbeiter-Ausstandes war am Sonnabend der Regierungspräsident v. Puttkamer aus Frankfurt a. O. hier anwesend und hatte mit dem Oberbürgermeister Werner eine längere Besprechung, in der man sich dahin geeinigt haben dürfte, die beiden streitenden Parteien bis auf Weiteres sich selbst zu überlassen. „Der Herr Regierungspräsident habe sich nur über die Lage der Dinge orientieren wollen“, so heißt es in Kreisen, die den städtischen Behörden nahe stehen. Zu Sonntag war eine Versammlung der Vertrauensmänner der Ausständigen aus den einzelnen Fabrikbetrieben zusammenberufen und dazu auch Oberbürgermeister Werner und Bürgermeister Dreifert, der letztere in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbeschiedsgerichts, eingeladen worden. Beide Herren haben aber schriftliche Absagen geschickt. In dem Schreiben des Oberbürgermeisters heißt es, daß er bedauere, daß seine vorjährigen Bemühungen zur Herbeiführung eines dauernden Friedens ohne den geringsten Erfolg geblieben seien, und daß er es daher vorläufig ablehnen müsse, den Beratungen der in den Ausstand eingetretenen Arbeiterschaft beizuwohnen. Bürgermeister Dreifert begründet seine Ablehnung damit, daß er sich nach den Beschlüssen der beiderseitigen Kommissionen habe überzeugen müssen, daß zur Zeit noch gar keine Aussicht bestehe, eine Verständigung der streitenden Theile auf beiderseitige Anrufung des Gewerbeschiedsgerichts als Einigungsamt herbeizuführen. So lange dies der Fall sei, müsse er den Beratungen der einen oder der anderen Partei fernbleiben. Unter diesen Umständen ist die Dauer des Ausstandes nach wie vor unabsehbar.

Aus Nah und Fern.

Göttingen. Aus der Kaserne. Der als Einjähriger bei dem Infanterie-Regiment Nr. 82 dienende stud. chem. Rhode aus Kassel hat sich aus Furcht vor Strafe wegen Ausbleibens über den Zapfenstreich hinaus erschossen.

Magdeburg. Vom „groben Unfug.“ Genosse Lanfa, der für den Inseratenthail der Magdeburger „Volksstimme“ verantwortlich ist, soll „groben Unfug“ verübt haben, weil er eine Bücheranzeige veröffentlicht hat, worin zum Reichsgründungs-Jubiläum empfohlen

der Knaben beizuwohnen zu dürfen, „um ihre Kenntnisse ein bißchen aufzufrischen“. Auch nahm sie im Lateinischen und Griechischen nun ein Privatissimum bei dem allzu gefälligen Hauslehrer, wie sie sagte, um gelegentlich ein klassisches Werk in der Ursprache völlig beherrschen zu können und die köstlichen Metamorphosen Ovids in ihrer vollen Schönheit zu würdigen.

Denn ihrer kirchlich orthodoxen Richtung, die ihren einflussreichen Anhang unter der vornehmen Sippe in der Residenz hatte, thaten die lebenswürdigen Scherze des witzigen Heidenichters durchaus keinen Abbruch. Seine „Kunst zu lieben“ vertrat sich ganz herrlich in der Komodenschublade mit den Traktätchen, welche die gute Kirchengängerin freigebig jedem ausshändigte, der sie nur nehmen wollte.

Gräfin Georgine war selber eine in Tinte und Drucker-schwärze gelegentlich sündigende Schwester in Apoll. Unter ihrer modischen Robe sollten die „blauen Strümpfe“ gar gräßlich dräuen. Zum Glück aber war sie der leserdürstigen Welt bisher nur in der „Fackel fürs Jenseits“, einer viel verbreiteten Missionschrift, bekannt geworden, und die damit begnadeten Schwarz- und Rothhäute sollen in der A-B-C-Schule weibliche seelische Erbauung daraus gezogen haben.

Deshalb studierte sie mit dem junglinghaft erröthenden Kandidaten eifrig auch in Abschreckungstheorie die Schriften der lebensdürstigen Alten, bei denen sie nur die des Plato streng vermied.

Lene wachte unterdessen Tag und Nacht bei der Alten; sie sah, die Stunden waren gezählt, wo sie in treuer Ausdauer ihr das Liebeswerk jüngerer Tage danken konnte.

(Fortsetzung folgt.)

wurden die Broschüren „Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches“, „Sedanfeier und Sozialdemokratie“, „Der Septemberkurs vor dem Reichstage“. — Der grobe Unfug fängt nachgerade an gefährlich zu werden.

Leipzig. Majestätsbeleidigung. Der Althändler F. D. Meinig in Hartmannsdorf bei Burgstädt hatte an sein Wohnhaus für sein Pferd einen Stall erbaut und darüber ein Schlafzimmer für sich und seine Familie angebracht. Auf ein vorspringendes Gesims hatte er eine früher erworbene Büste des Kaisers aufgestellt, die er aber später auf Veranlassung der Amtshauptmannschaft Rochlig herunternahm. Hierin und in mehreren Aeußerungen, die sich auf den Kaiser nicht direkt bezogen, erblickte das Landgericht Chemnitz am 15. Oktober v. J. eine Majestätsbeleidigung und verurtheilte Meinig zu sieben Monaten Gefängniß und erkannte auf Einziehung der Kaiserbüste. Der 3. Senat des Reichsgerichts hob, dem Antrage des Angeklagten entsprechend, am 9. Januar d. J. das Urtheil in seinem ganzen Umfange auf und verwies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Landgericht Leipzig zurück. Das Reichsgericht bezweifelte in der Begründung des Urtheils, ob das Landgericht Chemnitz sich des Unterschiedes zwischen Verletzung der Ehrerbietung und Beleidigung im gewöhnlichen Sinne bewußt gewesen sei. Es hatte sich darum Meinig am 29. Februar d. J. vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Leipzig von neuem zu verantworten. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt. Zur Erledigung der Beweisaufnahme waren acht Zeugen geladen. Das Gericht sprach Meinig von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei. Das Gericht hat weder in der Aufstellung der Kaiserbüste noch in den inkriminirten Aeußerungen eine Majestätsbeleidigung entdecken können. So geschmacklos die Aufstellung der Büste auch sein mag, so roh die Aeußerungen auch sind, ist das Gericht nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß er die Person des Kaisers verletzen wollte. Auch den Thatbestand des groben Unfugs hat man darin nicht erblicken können, weil angenommen werden kann, daß er die Büste nicht aufgestellt hat, um Aufsehen und Aergerniß zu erregen, sondern ihm zugegeben werden kann, daß er aus patriotischer Gesinnung die Büste als Schmuß seines Hauses angebracht hat.

In einem Prozeß, den die Stadt Breslau gegen den Postfiskus angestrengt hatte, erkannte die dritte Zivilkammer des Breslauer Landgerichts nach dem Klageantrage des Magistrats, daß der Postfiskus nicht berechtigt sei, ohne Genehmigung der Stadt über öffentliche Plätze und Straßen Drähte zu ziehen.

Koblenz. Daß das Schildbürgerthum auch im schönen Rheinlande noch nicht ausgestorben ist, zeigt ein Stücklein das sich, wie aus Koblenz geschrieben wird, der dortige Gasanstaltsdirektor im trauten Verein mit dem Stab-oberhaupt vor wenigen Tagen geleistet hat. Hatten da an der Moselweft und einer anstoßenden Straße einige muthwillige Buben zu wiederholten Malen die Scheiben der Gaslaternen zertrümmert. Gewöhnliche Sterbliche hätten vielleicht die Sicherheitsorgane der Stadt, in diesem Falle also die Herren Nachtwächter, angewiesen, etwas schärfer Obacht zu geben. Anders aber handelte der Gasanstaltsdirektor. Er dekretirte kurz und bündig in den hiesigen Blättern:

„Wenn die Laternen noch einmal zertrümmert werden, so — werden die betreffenden Straßen nicht mehr beleuchtet.“

Die Bewohner haben somit auf Grund ihrer Steuern eventuell das Recht, in der Dunkelheit in die Mosel zu fallen. Also geschehen in der Confluentia im Jahre des Heils 1896.

Ein umgekehrter Hans Sachs. Aus Paris wird geschrieben: Der berühmte dichtende Schuster von Nürnberg hat in Jacques Le Vorrain, dem zum Schuster gewordenen Dichter von Paris, seinen Gegenpart gefunden. Es ist ein verspäteter Karnevalscherz: Le Vorrain hat wirklich im Quartier Latin einen Schusterladen eröffnet. Er war als Dichter geschätzt nicht nur im Kreise der „Modernen“ (oder, wie sie hier heißen, der „Jungen“) und der Verfallsdichter, denen er litterarisch am nächsten steht. Auch das allgewaltige kritische Drakel Frankreichs, Francisque Sarcey, erkannte seine dichterische Begabung an. Er ist Verfasser von drei Gedichtsammlungen, Rain, Evehe und Fleurs Pales (Blasse Blumen), von zwei Romanen, Au (Nacht) und Rouffet, und einer Komödie „Tel“ (Herr So und so), die, dank der begeisterten Empfehlung seines Geringeren als Dumas des Jüngeren, 1892 im Theater Vaudeville gegeben wurde. Kurz, Le Vorrain ist kein Dichterkind, kein Reimschmied, sondern ein talentvoller, nach Sarcey's Zeugniß an der Schwelle der Ruhmshalle stehender Dichter. Und trotz alledem verkauft er die Feder mit der Aehle? Warum? Weil es „im Zeitalter der Beefsteaks hart ist, trocken Brodt essen zu müssen.“ — So erklärt er seinen Entschluß in einem galgenhumoristischen Gedicht, das er als Geschäftseröffnungs-Anzeige an die Studenten richtet. Sein Talent vermochte ihn nicht in dieser besten aller Welten vor der bittersten Noth zu bewahren. Er will es daher mit dem Schusterhandwerk versuchen, in welchem er sich in seinen Knabenjahren als Sohn eines Schuhfabrikanten zum Zeitvertreib geübt hatte. . . . Herr Eugen Richter behauptet aber ganz unverbrossen, daß der Sozialismus das Ende aller Kunst bedeute.